

## **Bildungsumfrage: Deutsche wollen Zentralabitur**

**Eine neue Studie lotet die Bereitschaft der Deutschen zu Bildungsreformen aus - die ist größer als gedacht. Die Vergleichbarkeit der Schulbildung zwischen Bundesländern ist den Befragten besonders wichtig.**

Mehr Geld für Kitas und Schulen, klare Leistungsanforderungen bei Abschlussprüfungen - solche Forderungen finden bei den meisten Deutschen Unterstützung. Zum zweiten Mal hat das Münchner "ifo Zentrum für Bildungsökonomik" am Dienstag sein Bildungsbarometer veröffentlicht. "Die Studie belegt, dass die deutsche Bevölkerung eine hohe Bereitschaft zu Reformen in der Bildung aufweist", sagt Ludger Wößmann, Leiter des ifo-Zentrums.

Für die Umfrage - nach ifo-Angaben die größte Erhebung zu Bildungsthemen in Deutschland - wurden rund 4200 Personen interviewt. Finanziert wurde die repräsentative Untersuchung von der Leibniz-Gemeinschaft, abgefragt wurden Themen vom Kindergarten über den Schul- und Ausbildungsbereich bis zum Hochschulstudium.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick:

- Eine klare Mehrheit - insgesamt 73 Prozent - findet, dass bei Landtagswahlen die Bildungspolitik "sehr wichtig" oder "eher wichtig" ist.
- 79 Prozent der Deutschen befürworten höhere Gehälter für Erzieherinnen. Fast genauso groß ist die Mehrheit für einen gebührenfreien Kita-Besuch (77 Prozent). Und 86 Prozent fordern bundesweit einheitliche Qualitätsstandards bei Gruppengrößen und Ausbildung der Erzieherinnen - wobei gut die Hälfte (55 Prozent) dagegen ist, dass Erzieherinnen studieren sollten.
- Für den Ausbau der Ganztagschule bis 15 Uhr sprechen sich drei von fünf Deutschen (61 Prozent) aus; Unterricht bis 16 Uhr am Nachmittag finden noch 51 Prozent richtig, bis 17 Uhr wollen 47 Prozent die Kinder in der Schule lassen.
- Schulabschlüsse sollen, unabhängig von den Bundesländern, mit deutschlandweit einheitlichen Prüfungen verbunden sein: 86 Prozent wünschen sich ein Zentralabitur, 85 Prozent fordern Einheitlichkeit für den Realschulabschluss und 82 Prozent auch für den Hauptschulabschluss.
- Unentschieden sind die Befragten beim Thema Studiengebühren: Etwa die Hälfte ist dafür, die andere Hälfte dagegen. Wurden den Umfrage-Teilnehmern zusätzlich Informationen über das höhere Gehalt von Akademikern gegeben, stieg die Zustimmung zum Bezahlstudium - ein erwartbarer Effekt. Eine nachgelagerte Campusmaut, die erst nach dem Examen bezahlt werden muss, wurde von 59 Prozent "sehr" oder "eher" begrüßt.

Die Vergleichbarkeit vor allem der Schulbildung zwischen den Bundesländern ist den Befragten besonders wichtig. Nicht nur bei Schulabschlüssen wollen sie bundesweit einheitliche Tests, sondern auch schon während der Schulzeit: So plädierten 68 Prozent dafür, solche Vergleichstests in Deutsch und Mathematik in den Jahrgangsstufen drei, sieben und zehn einzuführen und deren Ergebnisse auch bei den Schulnoten zu berücksichtigen.

Das Bildungsbarometer zeigt außerdem, wie sich Eltern die berufliche Zukunft ihrer Kinder wünschen: Am beliebtesten ist demnach immer noch die Lehre, gefolgt von einer Berufsausbildung mit anschließendem Studium.

Insgesamt belegt die Umfrage eine hohe Aufmerksamkeit für das Thema Bildung - und manche politische Wunschvorstellung, die in der Realität kaum umzusetzen sein dürfte. So fordern 78 Prozent der Befragten mehr Geld für Schulen. Und zwei Drittel wollen, dass diese zusätzlichen Gelder vor allem in Kitas oder Grundschulen eingesetzt werden: am besten, um die Klassen zu verkleinern und neue Schulbücher, Computer und Unterrichtsmittel anzuschaffen.

---

*Quelle: Spiegel ONLINE, vom 01.09.2015, Artikel von Armin Himmelrath*

*Quelle: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/bildung-deutsche-wollen-zentralabitur-und-mehr-erziehergehalt-a-1050836.html>*

## **Zukunft 2030 Es kommen härtere Jahre**

**Nach Jahrzehnten chronischer Geburtenschwäche steht Deutschland vor dem Umbruch: Die Babyboomer erreichen die Rente - und ein ganzes Land muss zittern, ob das wirklich gut gehen kann.**

[...] Demografische Forschung ist eine Welt aus Zahlen, in der die Orientierung schnell verloren gehen kann. Die Materie ist komplex, viel komplexer, als es schnelle öffentliche Debatten über Fachkräftemangel, kommende Rentenlücken, Vergreisung und Kinderarmut glauben machen. Unumstrittene Fakten sind rar: Fünf Millionen Deutsche mehr als heute werden im Jahr 2030 über 65 Jahre alt sein, sie werden gut ein Drittel der Bevölkerung ausmachen, das scheint gewiss. Vielleicht wird es dann auch 600 000 Kinder und Jugendliche weniger im Land geben, das ist schon weniger sicher, aber wahrscheinlich.

Spätestens von 2030 an wird die deutsche Bevölkerung schrumpfen, leicht oder stark, und bereits jetzt entvölkern sich die ostdeutschen Länder auf vielerorts dramatische Weise. Es wird in Deutschland demnächst 100-Jährige in ungekannter Zahl geben, viel mehr 90-jährige, 80-jährige Männer und Frauen als heute. Es wird dafür deutlich weniger Menschen geben, die mitten im Leben stehen, arbeiten, Kinder erziehen, Autos kaufen, allerlei Neuheiten konsumieren. Der Anteil an Zuwanderern wird steigen. Die Zahl der Auswanderer ebenso. Es beginnt eine Zeit großer Veränderungen. Eine aufgewühlte Zeit der Herausforderungen, die sich frühestens ab 2050 wieder beruhigt.

[...] Es erwächst in den kommenden 10, 15 Jahren eine Gesellschaft, in der Alte und sehr Alte ein gesellschaftliches Gewicht entwickeln werden wie nie zuvor, und sie werden auf vielen Feldern ihre Prioritäten setzen.

Es entsteht ein Staat, der wesentliche Teile seines Budgets zur Versorgung und Pflege seiner Alten aufwendet, er wird seine Zielsetzungen radikal überprüfen müssen.

Das Land verändert sich, seine stadtferne Provinz vor allem. Dörfer werden vergehen und Kleinstädte siechen, es wird in der Fläche an Ärzten und Polizisten mangeln, an Köchen und Pfarrern, an Schülern und Lehrern, an Feuerwehr-, Fußball- und Schützenvereinen. Auf die deutsche Provinz, vor allem im Osten, kommen zweifellos schwere Jahre der Anpassung zu. Was wird aus einem Bundesland wie Sachsen, das in den vergangenen 20 Jahren schon tausend Schulen wegen Schülermangels geschlossen hat? Ein solches Land, und Sachsen ist mit seinen Nöten nicht allein, macht sich auf den Weg in einen neuen, tief greifend veränderten Alltag. [...]

Wenn es um Demografie geht, geht es in jedem Fall um ineinandergreifende, oft widersprüchliche Prozesse, die nicht gottgegeben, sondern gestaltbar sind. Tatsächlich könnte, wenn Regierungen dazu in der Lage wären, ihren Horizont über vierjährige Legislaturperioden hinaus zu erweitern, der demografische Wandel ein Treiber für weitreichende Reformen sein und, gesellschaftlich, für ein Nachdenken über unsere gängigen, aber oft falschen Konzepte von Lernen, Arbeiten, Altern, Leben, Sterben. [...]

Auch das Nachdenken über Ein- und Auswanderung wird sich gründlich verändern und hätte sich längst verändern müssen. Bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts braucht Deutschland Zuwanderer, um seine Geburtenschwäche auszugleichen. In den späten Achtziger- und den Neunzigerjahren, als konservative Politiker besonders laut darüber redeten, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, zogen jedes Jahr mehr als eine Million Menschen zu, viele, um gleich weiterzuziehen, manche, um nur kurz zu bleiben, einige, um Deutsche zu werden für immer.

Die aktuellen Zuwanderungszahlen kehren zu diesen erhöhten Niveaus zurück, sind aber, im historischen Vergleich, keineswegs dramatisch; es sind Zahlen, an die sich Deutschland längst hätte gewöhnen können, weil sie in vielen Jahren der Vergangenheit zu messen waren. Im Übrigen könnte man jede Zahl stets für viel zu niedrig halten, weil für die Erhaltung des heutigen Bevölkerungsstands von gut 80 Millionen in Zukunft womöglich noch viel mehr Zuwanderer nötig wären. Die Frage wird nur sein, wie viel Diversität und Fremdheit die deutsche Gesellschaft am Ende wirklich aushält. [...]

Source: Spiegel Online, 14.03.2015, von Bartsch, Matthias, Fichtner, Ullrich, Jung, Alexander, Mingels, Guido, Müller, Ann-Katrin.

**SPiegel ONLINE** : 13. Januar 2016, 17:42 Uhr

## **Übergriffe in Köln**

### **Regierung und Opposition für schärferes Sexualstrafrecht**

**Im Bundestag haben die Abgeordneten über Konsequenzen der Übergriffe in Köln debattiert. Einigkeit besteht bei der Verschärfung des Sexualstrafrechts. Die Union fordert zudem einen Untersuchungsausschuss.**

Parteiübergreifend hat der Bundestag ein schärferes Sexualstrafrecht und einen besseren Schutz von Frauen gefordert. In einer Debatte über die Konsequenzen aus den Übergriffen in Köln in der Silvesternacht sprachen sich Abgeordnete der Regierungs- und Oppositionsfraktionen dafür aus, Gesetzeslücken zu schließen.

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig rief zu einem politischen und gesellschaftlichen Konsens im Kampf gegen sexuelle Gewalt auf. "Wir sind es jeder einzelnen Frau schuldig", solche Straftaten konsequent zu verfolgen, sagte die SPD-Politikerin im Bundestag zu den massiven Übergriffen.

Schwesig betonte mit Blick auf die Kölner Ereignisse: "Ja, in der Silvesternacht waren es viele Männer aus anderen Ländern" - und das müsse auch angesprochen werden. Akzeptanz für Frauen müsse ein Thema auch in Integrationskursen werden, forderte die Ministerin.

### **Straftaten nicht für Flüchtlingsdebatte instrumentalisieren**

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) warnte vor einer Vermischung der Debatten: "Wir werden es nicht zulassen, dass Kriminelle den gesellschaftlichen Frieden in unserem Land dauerhaft kaputt machen, egal ob es sich um straffällige Ausländer oder deutsche Rechtsradikale handelt", sagte er.

Zugleich verurteilte er ausländerfeindliche Hetze als Reaktion auf die Silvester-Übergriffe. Das Triumphgeheul der Populisten sei widerlich. "Die Krawalle von rechtsradikalen Hooligans am Montag in Leipzig sind genauso empörend wie die Vorfälle in Köln." Die Hilfe für Millionen Flüchtlinge dürfe nicht durch einige Hundert Kriminelle infrage gestellt werden, warnte Maas.

### **"Unterdrückung von Frauen ist fester Bestandteil aller Kulturen"**

CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer forderte, nordafrikanische Staaten wie Marokko oder Algerien zu sicheren Herkunftsländern zu erklären, was eine Abschiebung erleichtern würde. Ermittlungen zufolge kommen die Tatverdächtigen von Köln zu einem Großteil aus Algerien und Marokko, unter ihnen sollen viele Asylbewerber sein. Der CDU-Abgeordnete Wolfgang Bosbach sprach von einem "Kontrollverlust" in Deutschland seit Sommer 2015, weil die Behörden keinen Überblick mehr hätten, wer ins Land komme.

Auch die Linkspolitikerin Kipping kritisierte eine Verkürzung der Debatte auf ausländische Straftäter. In Deutschland würden täglich zwanzig Vergewaltigungen angezeigt. "Unterdrückung von Frauen ist fester Bestandteil aller Kulturen, auch der westlichen", sagte sie. Allerdings plädierte auch sie dafür,

Gesetzeslücken zu schließen, weil bisher nur ein kleiner Teil von Anzeigen zur Verurteilung von Tätern führe.

### **Union erhöht Druck auf Landesinnenminister**

Nach Einschätzung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei ein Untersuchungsausschuss in Nordrhein-Westfalen unausweichlich, sagte der Abgeordnete Armin Schuster nach einer Sitzung des Innenausschusses in Berlin. Dort hatte Landesinnenminister Ralf Jäger (SPD) Auskunft über die Geschehnisse gegeben. Schuster beklagte im Anschluss, der NRW-Ressortchef habe nicht ausreichend geantwortet.

Schuster erhob zudem schwere Vorwürfe gegen die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Dort gebe es offenbar eine politisch beeinflusste Kultur der Verharmlosung von Ausländerkriminalität.

### ***URL:***

- <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bundestag-abgeordnete-fuer-schaerferes-sexualstrafrecht-a-1071869.html>

26.09.2015

### **Skandale Ende eines Mythos**

Mit gefälschten Abgaswerten hat der Autokonzern Volkswagen auf einen Schlag zerstört, was er über Jahre aufgebaut hatte: den guten Ruf, Milliardenwerte, das Vertrauen der Kunden. Der neue VW-Chef steht vor einer fast unlösbaren Aufgabe. [...]

Ein solcher Skandal schien unvorstellbar. Volkswagen stattet seit Jahren Dieselfahrzeuge mit einer betrügerischen Software aus, die Abgase auf dem Prüfstand sauber wirken lässt, aber im Straßenverkehr auf den Modus Dreckschleuder umschaltet. Nur so erreichen die Autos die Grenzwerte, mit denen sie eine Zulassung bekommen.

Dieser Abgrund an Konsumentenbetrug zieht nicht nur VW in ein tiefes Loch. Er schadet dem deutschen Ansehen in der Welt. Denn das Herzstück der deutschen Wirtschaft ist die technische Leistung, ihr Held ist der Ingenieur, und der hat den Ruf, bodenständig, ehrlich und seriös zu sein. Anders als diese dubiosen Finanzleute, die vor allem in den USA und in Großbritannien die Ökonomie beherrschen, diese Heuschrecken, die beinahe die ganze Welt in den Ruin getrieben hätten. Das ist der Ruf, den angelsächsischen Wirtschaften in Deutschland hat.

Hierzulande fühlte man sich bislang besser. Die Deutschen hatten den Vorsprung durch Technik, so ein Werbespruch von Audi, aber auch den Vorsprung durch Moral. Der ist jetzt weg. Und all das geschieht ausgerechnet wegen Betrugs auf dem Feld der Umwelt, wo die Deutschen die Allerallerbesten sein wollten, mit Atomausstieg und Energiewende, die ein Exportschlager werden sollte, deutsche Sauberkeit als Beglückung für die ganze Welt. Pustekuchen.

Ausgerechnet Volkswagen. Der Konzern war das letzte Stück vom Rheinischen Kapitalismus, und er wollte die Interessen von Unternehmen, Arbeitnehmern und Staat versöhnen. VW hat einen extrem starken Betriebsrat, und das Land Niedersachsen hält 20 Prozent der Stammaktien. Hat nichts genützt in diesem Fall. Einige skrupellose Leute haben den Ruf eines ganzen Unternehmens und eines Qualitätssiegels zerstört: Made in Germany steht nun auch für Betrug in großem Stil.

Das amerikanische Magazin "National Journal" frohlockt: "Der Volkswagen-Skandal zeigt einen Rollentausch für die USA und Deutschland beim Kampf gegen die Luftverschmutzung. Den übergrünen Deutschen ist es peinlich, dass sie den Volkswagen-Skandal vor ihren Augen geschehen ließen und sie die spritschluckenden Amerikaner für die Aufdeckung brauchten."

Aber nicht nur der moralische Ansatz ist gescheitert. Es war auch eine zweite deutsche Eigenschaft im Spiel: Größenwahn. Vorstandschef Martin Winterkorn hatte seinem Konzern das Ziel verordnet, die Nummer eins der Welt zu werden, mehr Autos zu bauen als Toyota. Er setzte auf Wachstum, Wachstum, Wachstum, bis sein Reich zu groß war, um es kontrollieren zu können. Er wollte sogar die Amerikaner erziehen, wollte ihnen beibringen, gegen ihre Gewohnheit Diesel-Pkw zu fahren. Dafür musste er ihnen weismachen, dass Dieselmotoren sauber seien. Diese sehr deutsche Kombination von

Moral und Größenwahn hat ihm das Genick gebrochen und Volkswagen und Deutschland um den guten Ruf gebracht. [...]

VW wird wahrscheinlich Kunden verlieren, weil diese das Vertrauen verloren haben. Es wird Imagekampagnen in aller Welt geben müssen, das kostet. Die betroffenen Autos müssen in die Werkstatt, um umgerüstet zu werden. Das kostet auch. Dabei ändern sich Leistung, der Drehmomentverlauf, die Höchstgeschwindigkeit. Die amtlichen Angaben im Fahrzeugschein würden nicht mehr stimmen, eine neue Zulassung wäre erforderlich, wenn die Politik das so will. Das kostet enorm.

[...]

Das trifft den Konzern in einer Zeit, in der die Branche vor ihrem größten Umbruch steht. Bislang war ein Auto ein Auto, demnächst soll es ein rollendes Smartphone sein. Konzerne aus dem Silicon Valley, Google und angeblich auch Apple, entwickeln neue Gefährte, die den Besitzer nicht als Fahrer brauchen. Sie fahren selbst, damit er sich ganz seinen Apps widmen kann. Ihr technischer Kern wird die Software sein, ausgerechnet.

Nie zuvor waren die deutschen Autohersteller so herausgefordert. Und VW muss Milliarden in die Bewältigung des Skandals stecken.

Ein Aufsichtsrat sagt: "Die Folgen des Skandals werden uns die nächsten zehn Jahre beschäftigen."

Source: Der Spiegel Online, Von Grolle, Johann, Hawranek, Dietmar, Kurbjuweit, Dirk, Latsch, Gunther, Medick, Veit, Stark, Holger, Wüst, Christian

<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-138999933.html>

## **Merkel und die CSU: Die Herrschaft des Unworts**

**Ständig hat Horst Seehofer in den vergangenen Monaten die Linie der Kanzlerin attackiert. Zuletzt immer heftiger. Aber was passiert, wenn die CSU in Berlin wirklich nicht mehr mitmacht? Ein Gedankenspiel.**

Mit Horst Seehofers Äußerung vom September hat es angefangen. „Das war ein Fehler, der uns noch lange beschäftigen wird“, sagte der CSU-Vorsitzende damals über Angela Merkels Entscheidung, für die Flüchtlinge aus Syrien die deutschen Grenzen zu öffnen. Fortan herrschte grundsätzlicher Streit zwischen den beiden, der bis ins persönliche Verhältnis ging. „So kann die Arbeitsteilung nicht sein, dass die einen für die Moral und die Menschlichkeit sind, und die anderen sind für die Arbeit und für die Ressourcen zuständig“, äußerte Seehofer. Immer wieder attackierte der bayerische Ministerpräsident die Linie der Bundeskanzlerin. „Das Argument, dass wir zu lange Grenzen haben und die nicht sichern können, akzeptiere ich nicht“, sagte er im Oktober. [...] Zu guter letzt: „Wir haben im Moment keinen Zustand von Recht und Ordnung. Es ist eine Herrschaft des Unrechts.“ [...]

Angela Merkel blieb, konsequent, auch am Donnerstag bei ihrem „Das kommentiere ich nicht“ über Äußerungen des CSU-Vorsitzenden – nun über jene von der „Herrschaft des Unrechts“. Sie tat so, als sei nichts, ließ Seehofer ins Leere laufen und ihren Sprecher die Zusammenarbeit in der Regierung loben. Sie kann Horst Seehofer nicht entlassen, was ihr – dem Schein nach – manche in Berlin nahelegen. Seehofer ist Ministerpräsident in Bayern und gehört dem Bundeskabinett nicht an. Merkel aber könnte dem Bundespräsidenten vorschlagen, die drei CSU-Minister zu entlassen: Gerd Müller (Entwicklungshilfe), Christian Schmidt (Landwirtschaft) und Alexander Dobrindt (Verkehr, Digitale Infrastruktur). Bei letzterem hätte sie sogar einen plausiblen Grund, der zur Entlassung ausgereicht hätte. Dobrindt hatte nicht nur in der Sache Merkels Flüchtlingspolitik kritisiert, sondern sie auch persönlich attackiert: „Es reicht jetzt aber nicht mehr aus, der Welt ein freundliches Gesicht zu zeigen.“ [...]

Im Anhang des Koalitionsvertrages („Arbeitsweise der Koalition“) vom Herbst 2013 ist die Ressortverteilung der Bundesregierung festgehalten. Es heißt beispielsweise: „Die CDU, CSU stellt die Bundeskanzlerin.“ Oder auch: „Die CDU, CSU stellt die Leitung folgender Ministerien.“ Diese werden dann aufgezählt, und hinter den drei fraglichen Ministerien (Verkehr, Landwirtschaft, Entwicklungshilfe) findet sich in Klammern die Parteizugehörigkeit „CSU“. Dieser Absatz des Koalitionsvertrages endet mit dem Satz: „Das Vorschlagsrecht für die jeweiligen Ämter liegt bei den verantwortlichen Parteien.“

Wie die meisten Bundeskanzler vor ihr, verändert auch Angela Merkel ihr Kabinett nicht aus politisch wichtigen Gründen. Stets sind personelle Folgewirkungen zu beachten, die politische Unruhe zeitigen können und Reibungsverluste bewirken. Aber wenn es sein muss, dann macht Merkel es. Mehr als zehn Jahre Kanzlerschaft bringen einige Routine mit sich. Sie hat auch schon manchen CSU-Minister ersetzen müssen. [...]

In jedem Falle eines Ausscheidens der CSU-Minister aus dem Kabinett gäbe es Weiterungen für das Verhältnis der Unions-Parteien insgesamt. Die „Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU“ wäre obsolet. In diesem Vertrag, der zu Beginn jeder Wahlperiode jeweils von den beiden Parteivorsitzenden geschlossen wird, heißt es: „Grundsätzliche politische Entscheidungen der CDU/CSU-Fraktion erfolgen nur im Einvernehmen zwischen beiden Gruppen.“

Folgenreicher als der Verlust der drei CSU-Minister wäre es, wenn die Merkel-CDU bei einer Bundestagswahl auf die CSU-Stimmen aus Bayern verzichten müsste. Seit 1949 kommen rund ein Fünftel aller Unionsstimmen bei den Bundestagswahlen von der CSU. Eine solche Unterstützung gibt eine CDU-Vorsitzende nicht auf, selbst wenn sie zusammen mit den Sozialdemokraten rechnerisch auch ohne die CSU über eine Mehrheit im Bundestag verfügt.[...]

Source : FAZ, 12.02.2016, von Günter Bannas und Eckart Lohse, Berlin

[http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/was-passiert-wenn-seehofers-csu-nicht-mehr-mitregiert-14065222.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/was-passiert-wenn-seehofers-csu-nicht-mehr-mitregiert-14065222.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2)

## Bundespräsident Joachim Gauck im Bundesrat Balsam auf die Länderseelen

Als erstes Staatsoberhaupt hat Joachim Gauck eine Rede im Bundesrat gehalten. Der Anlass: Vor 25 Jahren kamen die ostdeutschen Länder hinzu.

Irgendwann ist es dazu gekommen, wahrscheinlich in Richard von Weizsäckers Amtszeit, dass der Bundespräsident nicht nur Staatsoberhaupt ist, sondern auch das führende Mitglied im Verein für mahnende Worte. Joachim Gauck hat sich da eingefügt. Am Freitag im Bundesrat aber schlug er mehr den heiteren Ton an. Es war die erste Rede eines Bundespräsidenten in der Länderkammer seit 1949 und somit ein historisches Ereignis. Der Anlass war, dass vor 25 Jahren die neuen Länder im Bundesrat hinzugekommen waren. Der Ostdeutsche an der Staatsspitze hatte damals als Abgeordneter der Volkskammer für den Beitritt gestimmt – zusammen übrigens mit dem amtierenden Bundesratspräsidenten Stanislaw Tillich.

Gaucks Rede war Balsam auf die Seelen der versammelten Landespolitiker. Denn der Bundespräsident lobte den Föderalismus, die Länder an sich und im Verein, den Bundesrat und sprach ein „großes, hoch offizielles Dankeschön“ aus. Der Föderalismus in Deutschland sei eine Erfolgsgeschichte, er sei lern- und reformfähig, dem Bundesrat als „Gemeinschaft der Sechzehn“ attestierte er eine „konstruktive Sachbezogenheit“. Ein wenig Wasser schüttete Gauck natürlich auch in den Wein. Dass der Datenaustausch zu den Flüchtlingen zwischen Bund, Ländern und Kommunen nicht so recht klappt – er habe es nicht fassen können, als er davon erfuhr, sagt Gauck. Auch in der Bildungspolitik herrscht dem Präsidenten etwas zu viel an Vielfalt. Weshalb er „Missbehagen“ in der Bevölkerung erwähnt, vor allem bei umzugswilligen Familien.

Andererseits aber hob er den Unterschied auch als Merkmal eines guten Föderalismus hervor, ja forderte ihn von den Ländern geradezu ein. Föderalismus sei ein großes Laboratorium, also eine Versuchsanstalt, in der in produktiver Konkurrenz die beste Lösung für ein Problem gesucht werden kann. Manchmal aber, ergänzte Gauck, sei „die Sehnsucht nach der bequemen Reise im Geleitzug größer“. Fast möchte man sagen: Der Bundespräsident mahnte die Länder zu mehr Vielfalt.

### Historische Umwertung

Wer genauer hinhörte, der konnte Gaucks Rede auch eine historische Einordnung entnehmen, die bisher keineswegs Gemeingut ist. Die überkommene Sicht, von rechts bis links gehegt und gehätschelt, hat Erich Kästner mal in ein Gedicht mit der Überschrift "Inscription auf einem sächsisch-preußischen Grenzstein" gefasst, das Gauck zitierte: "Wer hier vorübergeht, verweile! Hier läuft ein unsichtbarer Wall. Deutschland zerfällt in viele Teile. Das Substantivum heißt: Zerfall. Was wir hier stehngelassen haben, das ist ein Grabstein, das ihr's wisst! Hier liegt ein Teil des Hunds begraben, auf den ein Volk gekommen ist." Gauck widersprach, trotz sonstiger Sympathie für Kästner. Und stellte fest, was langsam auch ins allgemeine Bewusstsein rückt, aber eben nur langsam: Dass nämlich der Föderalismus bei uns ziemlich alt ist, unsere Verfassungstradition - oder "Verfassungserbgut", wie Gauck sagte. Dass der Bundesstaat nicht erst 1949 von den Amerikanern eingeschleppt oder 1871 von Otto von Bismarck zwecks Reichsgründung erfunden wurde, sondern viel weiter zurückreicht. Gauck erwähnte den Immerwährenden Reichstag im Heiligen Römischen Reich als Vorläufer des Bundesrats, der einst von der einheitsnationalen Geschichtsschreibung zur Lach- und Spottnummer degradiert wurde, seit einiger Zeit jedoch bei den Historikern deutlich besser wegkommt\*. Diese föderale Umwertung der deutschen Geschichte - sie scheint nun ganz oben angekommen zu sein.

Im November 1990 hatten die Vertreter der fünf neuen Länder, häufig einfach nur FNL genannt, erstmals an einer Bundesratssitzung teilgenommen. So neu waren die FNL aber gar nicht. Sachsen gibt es ja schon ziemlich lange, auch Brandenburg hat recht viel Historie zu bieten, und Thüringen (wenn auch lange vielgeteilt) und Mecklenburg sind ebenfalls keine Spätlinge in der Landesgeschichte. Nur Sachsen-Anhalt ist etwas neueren Datums, es wurde 1947 ins Leben gerufen, als die Sowjetische Besatzungszone in Länder gegliedert wurde. Die Länder der DDR haben dann eine Auszeit genommen, 1952 waren sie aufgelöst worden, es kamen die Bezirke – die Ländernamen dienten von da an als Chiffren der Erinnerung mit Zukunftspotenzial.

### Keine lange Debatte

1990 gab es daher keine lange Diskussion, in welcher Form die zerfallende DDR sich der größer werdenden Bundesrepublik anschließen sollte. (...) Zwar gibt es immer wieder Politologen, Wirtschaftsgeografen oder Leitartikler, die nach Neugliederung rufen, also einer Verringerung der Zahl. Aber die 16 steht. (...) Vor 25 Jahren wurde auch die Stimmenzahl im Bundesrat neu verteilt. Die vier großen Länder hatten von nun an jeweils

sechs Stimmen, damit eine Verfassungsänderung gegen ihren Willen nicht möglich ist (ihre 24 Stimmen verhindern bei 69 Stimmen insgesamt die Zweidrittelmehrheit). Die Abstufung\* beim Stimmengewicht - maximal sechs, mindestens drei - ist schon eine Besonderheit, eine Mischung aus bundesstaatlichem Gleichheitsprinzip und demokratischem Repräsentationserfordernis. Sie ist übrigens, noch ein Jubiläum, 200 Jahre alt. Der Bundestag im Deutschen Bund, 1815 gegründet und Vorgänger des Bundesrats, hatte in seinem Plenum eine solche Abstufung nach Größe. Es waren damals, kleiner Zufall, ebenfalls 69 Stimmen. (...)

*Quelle: [www.tagesspiegel.de](http://www.tagesspiegel.de) / 27. 11. 2015 - von Albert Funk*

*\*die Sachbezogenheit: la pertinence / gut wegkommen (familier): bien s'en sortir / die Abstufung: la modulation*

## Es kommen härtere Tage

Die Silvesternacht von Köln verschärft den Streit über die Zukunft der deutschen Einwanderungsgesellschaft. Es geht um misslungene Integration, Versäumnisse der Politik, Versagen der Polizei. Merkels pauschale Zuversicht reicht nicht mehr aus.

Viel ist geschehen in jener Silvesternacht von Köln, unglaublich viel Widersprüchliches, Handfestes und Eingebildetes, Geschehenes und Erdichtetes, Befürchtetes und lange Geahntes. Es wurden, gleichzeitig, die Ängste von Ausländerfreunden wie von Fremdenhassern wahr, von Pegida-Leuten wie von Flüchtlingshelfern, von unbekanntem Frauen wie von Kanzlerin Angela Merkel. Selbst Donald Trump, halbseidener Anwärter auf eine US-Präsidentschaftskandidatur, hielt sich auf Twitter für zuständig: Deutschland, trompetete er, erlebe "massive Angriffe auf seine Bevölkerung, ausgeführt von den Einwanderern, die ins Land gelassen wurden".

Für die einen ist nun endlich sichtbar geworden, was zu beweisen war: dass zu viele Fremde im Land zu viele Probleme bringen. Und für die anderen ist eingetreten, was sie von Beginn an befürchten mussten: dass hässliche Bilder des hässlichen Verhaltens von Zuwanderern die insgesamt positive Grundstimmung in Deutschland gefährden.

Die Bilder von Köln sagen, so verwaschen und ungenau sie sein mögen: Es kommen härtere Tage. Sie fragen: Seid ihr euch wirklich sicher, dass ihr das schafft? Sie fragen: Habt ihr den Mumm<sup>1</sup>, habt ihr überhaupt Lust darauf, Europas größtes Einwanderungsland zu sein?

Es geht eine hektische, hitzige, zeitweise hysterische erste Jahreswoche zu Ende. Dabei lässt sich sagen: Ein Anschlag hätte den Stoff der nationalen Aufregung ebenso liefern können, ein Kindsmord in einem Stadtpark, irgendeine andere Tat, in der sich Urängste gebündelt, Stereotype vereint hätten, und an der Fremde in irgendeiner Form beteiligt gewesen wären. So aber waren es, nach vielen Angaben von Augenzeugen, mutmaßlich nordafrikanische junge Männer, die in Köln in Banden über wehrlose Einzelne herfielen, sie demütigten, bestahlen; besoffene Kerle, die Frauen Gewalt antaten, sie bedrängten und verletzten.

Ihr Verhalten und die anschließende Aufarbeitung dieses Verhaltens im Politik-, Medien- und Internetbetrieb hat das Zeug<sup>2</sup> dazu, eine Wende in der deutschen Flüchtlings- und Zuwanderungspolitik auszulösen. Der durch die Bilder und Geschichten aus Köln erzeugte Druck scheint ein "Weiter so!" unmöglich zu machen. Auch das ist paradox: Es würde sich an diesem Befund auch dann nichts ändern, wenn unter den Tätern erwiesenermaßen kein einziger Flüchtling aus der Million des vergangenen Jahres gewesen wäre.

Flüchtling, Asylbewerber, Geduldeter, Fremder, nett oder böse, neu oder lange hier, gleichviel. Es wirkt, als sei die nun aufgeheizte Generaldebatte über Deutschlands Zukunft einfach fällig gewesen, und Merkels Mantra des "Wir schaffen das" genügt nicht mehr, sie zu unterbinden.

Die Silvesternacht markiert einen Wendepunkt, weil sich in ihr das Unbehagen über staatliche Untätigkeit kristallisiert hat. Die Szenerie auf der Platte zwischen Dom und Hauptbahnhof war kaum anders als symbolisch zu betrachten: Der Platz wurde zum Ort der Rechtlosigkeit, der Ohnmacht der Staatsgewalt, aber Randalen, Raketen und Rabauken überall. (...)

Aber diese hektische, hitzige, in Teilen hysterische Woche drehte sich um noch viel mehr, nämlich um alle Themen, über die die Alternative für Deutschland (AfD) und Pegida am liebsten die ganze Zeit reden würden. Merkels Flüchtlingspolitik stand grundsätzlich zur Debatte, ja. Horst Seehofers Obergrenze auch. Das notorische Problem der Gewalt gegen Frauen kam hinzu. Die Integration von Ausländern. Die drohende Spaltung der Gesellschaft über die Flüchtlingsfrage. Ein Rechtsruck der Deutschen. Es ging auch: um die Qualität der Polizeiarbeit. Um die Überforderung des Staates. Viel Stoff. Fehlen darf nicht: die "Lügenpresse". Und dabei war weiterhin zu klären, was in jener Silvesternacht von Köln überhaupt geschehen ist.

(...)

Integrieren, Integrationspolitik, Repression, Zuwanderungspolitik, Obergrenzen: Die Ereignisse von Köln haben die Dynamik im politischen Berlin tief greifend verändert. Bundeskanzlerin Merkel und ihre Vertrauten fürchten, dass es nun immer schwieriger werden wird, die bisherige Flüchtlingspolitik durchzusetzen.

Die Kanzlerin äußert sich normalerweise nicht zu Ereignissen, deren genauen Verlauf sie nicht kennt. Dass sie im Kölner Fall bereits vor einer gründlichen Aufklärung sagte, die Vorgänge verlangten eine "harte Antwort des Rechtsstaats", zeigt, wie ernst sie die Lage nimmt.

Ihre Befürchtungen werden in der Spitze der Koalition geteilt. Er habe Sorge, dass die Vorgänge auf der Domplatte die Stimmung gegen Flüchtlinge zusätzlich anheizt, sagt Unionsfraktionschef Volker Kauder. Seit Köln sind die Hass-Mails, die er bekommt, noch aggressiver geworden.

<sup>1</sup> der Mumm : le cran, le culot.

<sup>2</sup> das Zeug zu etwas haben : avoir l'étoffe de.

Viele Abgeordnete machen dieselbe Erfahrung wie Kauder. Gunther Krichbaum, Vorsitzender des Europaausschusses im Bundestag und in der Flüchtlingspolitik ein Unterstützer Merkels, sagt: "Köln hat die Qualität, die ganze Debatte um die Flüchtlingspolitik zu verändern."

Das ist bereits unterwegs. Die Kanzlerin fordert plötzlich Härte, Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) sagt, es müsse künftig leichter sein, straffällige Asylbewerber abzuschieben. Justizminister Heiko Maas (SPD), sonst eher zurückhaltend, hält ebenfalls die Ausweisung der Täter für möglich.

Solche scharfen Töne hatten die Spitzen von CDU und SPD bislang vermieden. Beide eint nun die Sorge, dass rechte Bewegungen wie Pegida oder Parteien wie die AfD weiter Zulauf bekommen, wenn die Bundesregierung als zu weich gegenüber kriminellen Ausländern angesehen wird. (...)

Was ist zu tun? Ein Versuch mit illusionsloser Ehrlichkeit wäre ein Anfang. Die Deutschen sind keine Kinder, die man aus gut gemeinten Gründen vor der Wahrheit schützen müsste. Zur Wahrheit gehört, dass die Politik zwar gern von Integration spricht, aber noch nicht erkennen lässt, dass sie die Herausforderung dieser Megaaufgabe verstanden hat und mit allen Konsequenzen annimmt. Zur Wahrheit gehört auch, dass das Zusammenleben in Deutschland ungemütlicher wird.

*Quelle: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 09.01.16, von Maik Baumgärtner.*

## **AfD nach den Wahlen Die Revolution frisst ihre Eltern**

**Wie die AfD das Erbe der Achtundsechziger auslöschen will – und warum Meuthen viel ruhiger wirkt als Petry.**

Beim dritten Mal will Frauke Petry nicht mehr antworten. Einer der Journalisten der Bundespressekonferenz hat die Vorsitzende der AfD nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen ihrer Partei und dem rechtsextremen französischen Front National (FN) gefragt und zwischen ihr und der FN-Vorsitzenden Marine Le Pen. Petry weicht aus, verweist darauf, dass die AfD nationale Politik in Deutschland mache und man mit dem Front National nur reden müsse, wenn es im Europäischen Parlament um Europa gehe. (...) Frauke Petry ist an der Spitze der AfD, weil sie unbedingt dorthin wollte. Nach einem harten Kampf ist es ihr im Juli vorigen Jahres gelungen, die Dominanz des damaligen AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke\* zu brechen. Lucke verließ geschlagen die Partei, Petry wurde zur mächtigen Frau an ihrer Spitze. Um dem Eindruck entgegen zu treten, dass damit eine Rechtsverschiebung einhergeht, wurde der gemäßigte Professor und Wirtschaftswissenschaftler Meuthen zum gleichberechtigten Vorsitzenden gewählt. Bis zum Sonntag wirkte seine Gleichberechtigung eher formal. Doch erscheint fraglich, ob das so bleibt.

### **Unangenehme Aussagen der Wähler**

Das Ergebnis bei der Wahl am Sonntag habe „unsere Erwartungen“ noch übertroffen, sagt Meuthen\* am Montag mit seinem freundlichen Gesicht. Betrachtet man die Ergebnisse, welche die AfD bisher bei Landtagswahlen erzielt hat, ragt dasjenige in Baden-Württemberg zunächst nicht heraus. (...) Legt man aber die absoluten Zahlen der Wähler zugrunde, so ist Meuthen allen anderen weit enteilt\*. Er versammelte fast 810.000 Wähler hinter sich und der AfD. Bei allen Wahlen in den ostdeutschen Ländern seit 2013 stimmte nicht einmal eine halbe Million Menschen für die AfD. Sollte Meuthen dem westlichen Teil der Partei künftig mehr Gewicht geben wollen, wäre sein Wahlergebnis ein starkes Argument. Wie sich die AfD inhaltlich weiterentwickelt ist auch vor diesem Hintergrund interessant. Unangenehm müssen den AfD-Funktionären am Montag die Aussagen ihrer eigenen Wähler sein. Die hatten dem Mantra der Parteiführung, die AfD sei keine Protestpartei, in einer Klarheit widersprochen, die wenig Raum für Zweifel ließ. Laut dem Forschungsinstitut Infratest Dimap sagten nur 21 Prozent der AfD-Wähler, sie hätten die Partei aus Überzeugung gewählt. Siebzig Prozent sagten hingegen, sie hätten aus „Enttäuschung von anderen Parteien“ gehandelt.

### **Keine Problemlösung zugetraut**

Der Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, hat ein Argument im Sinn, warum die AfD doch eine „Volkspartei“ und keine „Protestpartei“ sei: die vielen Direktmandate in Sachsen-Anhalt, 15 an der Zahl. „Direktmandate sind keine Protestmandate“, sagt Poggenburg dieser Zeitung am Montag – „sondern da wird jemand gewählt, bei dem die Leute sagen, dem trauen wir zu, etwas zu verändern.“ Eigentlich hatten die von Infratest Dimap befragten AfD-Wähler aber gesagt, dass sie dieses Zutrauen gerade nicht hatten. 93 Prozent der AfD-Wähler sagten, die Partei löse zwar keine Probleme, nenne die Dinge aber beim Namen. Poggenburg weiß noch ein Argument. Man müsse den Begriff der „Volkspartei“ umdefinieren, sagt er. Wie solle es anders sein, als dass eine neue Partei nicht von Stammwählern, sondern von Unzufriedenen gewählt werde? Es gebe schließlich keine AfD-Stammwähler.

### **„Ende der Alt-Achtundsechziger-Herrschaft“**

(...) Bayerns Landesvorsitzender Petr Bystron spricht am Montag ebenfalls lieber von der AfD als einer „vollwertigen Volkspartei“ und verweist auf das „schöne, gute und vollwertige Parteiprogramm auf über 70 Seiten“. Und wie er das sagt, entsteht die Ahnung, dass die AfD schon deshalb keine Protestpartei sein will, weil das klänge, als verfüge sie über keine Vision – sondern sauge nur gedankenlos die Stimmen jener auf, die gerade für den jeweiligen Moment mit ihren Stammparteien unzufrieden sind. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall. Unabhängig von der Frage, ob die AfD-Wähler wissen, was die Partei vorhat, wissen die Funktionäre genau, was sie mit den Stimmen ihrer Unterstützer erreichen wollen – nämlich den ganz großen historischen Pendelschlag. Die Landtagswahlen vom Wochenende seien „wirklich eine Revolution“, sagt Bystron dieser Zeitung. „Gestern ist ein Paradigmenwechsel eingetreten, es ist das Ende der Herrschaft der Alt-Achtundsechziger in Deutschland. Das werden die Leute erst noch begreifen“, sagt er.

### **„Linksideologische Indoktrination“**

Das Projekt, das Bystron beschreibt, ist tatsächlich größer als jene Krisen von Euro bis Flüchtlingen, es ist ein Generationenprojekt. „Dass man die Linken wieder zurückdrängt und zurück zu Bürgerlichkeit und Liberalität kommt.“ In der AfD ist das keine Einzelposition. (...) Mit welcher Konsistenz sich der Kampf gegen das Erbe der Alt-Achtundsechziger durch alle Parteipositionen zieht, wird bei einem Blick in eine Mitgliederbefragung zum geplanten Parteiprogramm deutlich. Die AfD-Mitglieder sind nicht einfach gegen den Zuzug von Flüchtlingen und für ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone.

## Die Macht des Ressentiments

**PARANOIA** Wie die Angst vor einer vermeintlichen Islamisierung Europas den Rechtspopulisten die Wähler zutreibt

Vor ein paar Monaten war Dunja Hayali in Erfurt, um das Fürchten zu lernen. Die Moderatorin des ARD<sup>1</sup>-Morgenmagazins wollte sich einen Eindruck verschaffen von den Menschen, die sich dort, einem Aufruf der AfD folgend, jeden Mittwoch vor dem Dom versammelten, um gegen Angela Merkel und die Flüchtlinge zu demonstrieren. Den 25-minütigen Mitschnitt stellte sie Ende Oktober in voller Länge ins Netz. Er ist ein Dokument antimuslimischer Paranoia geworden.

Ein älterer Herr in beiger Allwetterjacke erklärte Dunja Hayali dort, es dürfe niemals geschehen, dass der Islam zu Deutschland gehört, weil das eine aggressive, gefährliche Religion ist, und hier kommen jetzt Millionen von Muslimen rein, und deswegen bin ich hier, das ist der Hauptgrund. Zugleich betonte der Mann, keineswegs fremdenfeindlich und kein AfD-Anhänger zu sein, er arbeite sogar in einem Flüchtlingsheim. Aber er habe sich mit dem Islam beschäftigt, und zum Beweis führte er Thilo Sarrazin und Alice Schwarzer<sup>2</sup> an. Letztere möge er eigentlich nicht, aber sie habe gesagt, der Islam sei der Faschismus des 21. Jahrhunderts, und da gebe er ihr recht. (...)

Es hat sich etwas zusammengebraut in Deutschland, und die Kundgebungen, zu denen Pegida oder die AfD regelmäßig aufrufen, bilden nur die Schaumkrone einer verbreiteten Stimmungslage. Laut Umfragen fühlt sich eine Mehrheit der Deutschen vom Islam bedroht. Und fast jeder Vierte vertritt die Auffassung, die weitere Einwanderung von Muslimen sollte untersagt werden, so der *Bertelsmann Religionsmonitor 2015*. Im Osten finden solche Aussagen noch größere Zustimmung, besonders Sachsen erreicht hier Spitzenwerte. Gerade dort, wo es an alltäglichen Kontakten zu Muslimen als Korrektiv fehlt, gedeihen die Vorurteile besonders gut.

### Geschlossenes Weltbild

Natürlich tragen der Terror des IS, die Anschläge von Paris und die Intoleranz von fundamentalistischen Staaten wie Saudi-Arabien dazu bei, vorhandene Ängste zu befördern. Und eine Berichterstattung, die sich ausschließlich auf Schreckensmeldungen konzentriert, verzerrt das Bild zusätzlich. Denn wo haben die besorgten Bürger von Dresden, Erfurt und anderswo ihr Bild vom Islam denn her? Sicher nicht zuletzt aus den Massenmedien, von denen manche ihren Teil dazu beitragen, die Unterschiede zwischen gewöhnlichen Muslimen und Terroristen zu verwischen und das Misstrauen zu schüren – allen voran der *Focus* und *Cicero*, dessen Titelbilder (Ist der Islam böse?) manchmal mühelos Stürmer-Niveau erreichen. Rechte Internethetzblogs wie pi-news liefern dazu das geschlossene Weltbild einer radikal antimuslimischen Ideologie, nach der alles Schlechte vom Islam und den Muslimen kommt.

Wer ungestört gegen Minderheiten hetzen möchte, beruft sich einfach auf die Meinungsfreiheit. Und längst hat sich Islam-Bashing zu einer florierenden Industrie entwickelt, in der sich viel Geld verdienen lässt, das zeigt auch der Blick auf den Buchmarkt.

Bücher wie das Mohamed-Pamphlet des deutsch-ägyptischen Renegaten Hamed Abdel-Samad, der den Islam per se als faschistisch begreift und der deshalb bei AfD-Veranstaltungen ein gern gesehener Gast ist, finden sich seit Wochen in den Bestsellerlisten. Der Bestseller-Autor Udo Ulfkotte verbreitet die Verschwörungstheorie, wonach hinter der aktuellen Massenflucht ein geheimer Plan Saudi-Arabiens steckt, Europa zu islamisieren. Ebenfalls sehr gut verkauft sich derzeit das Buch *Scharia in Deutschland - Wenn die Gesetze des Islam Recht brechen* der zum Rechtskatholizismus konvertierten Publizistin Sabatina James, die auch in evangelikalen Kreisen sehr geschätzt wird und die das Angstszenario einer islamistischen Unterwanderung Deutschlands entwirft.

Leider zeigt die Angstpropaganda Wirkung: Die Alternative für Deutschland steht in Umfragen stabil bei rund 10 Prozent, sie profitiert von der Flüchtlingsdebatte und dem antimuslimischen Ressentiment. Als Reaktion rücken die anderen Parteien nach rechts. Die CDU-Politikerin Julia Klöckner hat die Forderung nach einem Burka-Verbot aus der Mottenkiste geholt, andere in der Union folgen ihr und drängen auf ein Verbot des Ganzkörperschleiers. Und obwohl das Bundesverfassungsgericht erst kürzlich das Kopftuchverbot für Lehrerinnen gekippt hat, traut sich die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg nicht, es vor der Wahl abzuschaffen, und die Berliner SPD möchte es in der Hauptstadt ausdrücklich beibehalten.

Dabei lehrt der Blick in die Nachbarländer, dass sich die Rechtspopulisten nicht bekämpfen lassen, indem man sie kopiert. Denn 2015 war das Jahr der Rechtspopulisten in Europa, sie haben praktisch bei jeder Wahl zugelegt ob in

<sup>1</sup> ARD : groupement de stations de radio.

<sup>2</sup> Alice Schwarzer ist Journalistin, Herausgeberin der Frauenzeitschrift *Emma* und eine der bekanntesten Figuren der Frauenbewegung in Deutschland.

Österreich, Dänemark, der Schweiz, Polen oder Frankreich. (...)

Längst haben die Rechtspopulisten in Europa auch etablierte Parteien dazu gebracht, ihre Forderungen aufzunehmen. (...)

### **Anti-Halal-Kampagnen**

In den Niederlanden und Dänemark haben sie ein Schächtverbot durchgesetzt, in Österreich und Frankreich führen sie Kampagnen gegen Halal-Fleisch in Supermärkten oder Schulkantinen an. Und in Österreich hat die Regierung Sondergesetze für Moscheegemeinden erlassen, mit Auflagen, die es sonst für keine andere Religionsgemeinschaft gibt.

Vor allem aber fordern Rechtspopulisten von Dänemark bis Frankreich einen kompletten Einwanderungsstopp, der auch für Flüchtlinge gelten soll, und die Rückkehr zu nationalen Grenzkontrollen. Unterstützung erhalten sie dabei aus Osteuropa. Ungarn hat sich an die Spitze jener Staaten wie Polen und die Slowakei gestellt, die gar keine Flüchtlinge aufnehmen wollen – vor allem aber keine Muslime. Denn Ungarns Premier Viktor Orbán ist der Meinung, durch deren Einwanderung drohten Zerfall, Überfremdung und Bürgerkrieg.

Das erinnert an dunkle Zeiten der europäischen Geschichte. Denn mit der Abschottung gegen Flüchtlinge und Muslime verrät Europa seine Werte. Von einer Islamisierung ist der Kontinent weit entfernt. Stattdessen erlebt es den Rückfall in die überwunden geglaubte Zeit eines kleingeistigen Nationalismus und der Hetze gegen eine religiöse Minderheit, die als Sündenbock für alles, was schief läuft, herhalten muss.

*Quelle: [www.taz.de](http://www.taz.de), 08.12.15, von Daniel Bax.*

## **„Zum Wohle des deutschen Volkes“**

Die Meinung der Mitglieder richtet sich in ihrer Tendenz gegen den gesamten Apparat an gesellschaftlichen Reformen, die in den vergangenen Jahrzehnten eine multikulturelle und geschlechterneutrale Gesellschaft erschaffen sollten. Sie stimmen mehrheitlich gegen die Inklusion von behinderten Kindern in Regelschulen, gegen Frauenquoten in Studiengängen, etliche fordern eine Schließung aller Koranschulen. Neulich besuchte Poggenburg eine Veranstaltung zu Förderschulen, die Leute hätten „Schaum vor dem Mund gehabt“. Beim Thema Inklusion lägen „den Eltern die Nerven blank“. Dass solche Positionen mehr sind als die Summe des jeweiligen Wählerunwillens macht Poggenburg sehr deutlich: „Wir müssen die Achtundsechziger rückabwickeln, bis wir wieder einen Normalzustand erreicht haben.“ Seit Ende der sechziger Jahre habe es einen „schleichenden Prozess“ gegeben, der „zu solchen Experimenten“ führte – „und das finden wir nicht gut“. Der Erfolg der AfD werde die Bundesrepublik deshalb verändern, sagt Poggenburg – „zum Wohle des deutschen Volkes“.

*Quelle: [www.faz.net/14/03/2016](http://www.faz.net/14/03/2016), von Justus Bender und Eckart Lohse*

*\*Bernd Lucke war Mitbegründer und Sprecher der AfD. Er war bis Juli 2015 Vorsitzender der Partei.*

*Jörg Meuthen ist der zweite Vorsitzende der AfD und Spitzenkandidat bei der baden-württembergischen Landtagswahl 2016.*

*Jm enteilen : distancer quelqu'un*

## Was ist Heimat?

Angesichts der Zuwanderung gerät der zementierte Heimatbegriff der Bayern ins Wanken. Städte und Dörfer müssen sich dem Fremden öffnen und es als Bereicherung verstehen.

"Heimat ist da, wo man sich aufhängt!" Mit diesem Satz hat der Augsburger Schriftsteller Franz Dobler den Heimatbegriff um eine unerwartete, fast unheimliche Dimension erweitert. Tatsächlich gibt es Orte, die auf Lebensmüde eine magische Wirkung ausstrahlen, ein Aussichtspunkt an der Innleiten in Niederbayern etwa, wo der Fernblick an klaren Tagen bis ins Salzkammergut reicht. Und doch suchen manche Menschen ausgerechnet hier den Tod, an einem Flecken Heimat, wie er unschuldiger nicht sein könnte.

Ähnlich wie die dort erfolgten Suizide war auch das Wort Heimat lange Zeit ein Tabu. Die Nazis hatten den Begriff mit ihrer Ideologie vergiftet, niemand wollte ihn nach dem Krieg ernsthaft in den Mund nehmen. Doch dann kam die Globalisierung und spülte die Heimat wieder in unseren Alltag. Die Internationalisierung des Lebens hat bei den Menschen ein starkes Verlangen nach Sicherheit und Zugehörigkeit geweckt, das der Bayerische Rundfunk (BR) mit Sendungen wie *Heimatspiegel*, *Heimatsound* und *Heimat aktuell* zu befriedigen versucht. Vor wenigen Monaten hat der Sender sogar einen Hörfunkkanal BR-Heimat gestartet. Die Seifenoper "Dahoam is Dahoam"\* ist überdies die quotenstärkste Serie des BR.

Dass der Heimatbegriff im Freistaat eine höhere Wertigkeit besitzt als in den übrigen deutschen Bundesländern, hängt mit der langen Geschichte dieses Landes zusammen, sie reicht bis in die Antike zurück. Ein solches Beharren können nur wenige europäische Länder aufweisen. "Identität entsteht auch von der Geschichte her", sagt der Landeshistoriker Hubert Glaser. Eine 1500-jährige Geschichte formt eine umso stärkere Identität. (...)

Das Flüchtlingsdrama berührt die Frage, was Heimat in der heutigen Zeit bedeutet, unmittelbar. "Weh dem, der keine Heimat hat", schrieb Friedrich Nietzsche 1884, er hatte dabei den Menschen in seiner Unbehaustheit und in seiner Angst vor der eigenen Existenz vor Augen. Das Land Bayern hat in der Vergangenheit Flüchtlingen und Heimatvertriebenen in hohem Maß Zuflucht und Zukunft geboten.

Nach 1945 ist das damals sieben Millionen Einwohner starke Land zum Schmelztiegel verschiedener Stämme geworden, was seine soziologische Struktur verändert, seine Identität aber nicht zerstört hat. Das zeugt von der großen Integrationskraft dieser Region, mag dieser Prozess auch von Not und sozialen Spannungen begleitet gewesen sein. Die vollständige Integration der Vertriebenen aus den Ostgebieten dauerte eine ganze Generation - obwohl fast alle Flüchtlinge damals als Basis die gleiche Sprache, den christlichen Glauben und gemeinsame Werte mitbrachten.

Die Flüchtlinge, die jetzt in Bayern Zuflucht suchen, haben oftmals einen anderen kulturellen und religiösen Hintergrund und andere Wertvorstellungen. Die Frage, wie sich das auf das gängige bayerische Heimatbild auswirken wird, beschäftigt mittlerweile auch die Parteien, deren Programme auf einer ähnlichen Wertebasis fußen. Schon zeichnet sich in der CSU angesichts der rasanten gesellschaftlichen Veränderungen ein vorsichtiger Abschied vom traditionellen Bayernbild ab.

Die CSU-Grundsatzkommission überlegt, wie bei einer wachsenden Zahl von Einwanderern die Bindekräfte der Gesellschaft erhalten bleiben können. "Was macht Heimat aus, was stiftet Identität in einem Freistaat, der heute schon bunter ist als weiß-blau", sagte Kommissionschef Markus Blume neulich beim Kongress der Zukunftskommission in München.

Im Jahr 2024 sollen 3,2 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Bayern leben, das ist ein Viertel der Bevölkerung, und vielleicht werden es noch viel mehr sein. "Bayern als Wohlstands-, Wohlfühl- und Werteland - das soll unser Kompass bleiben", lautet die noch sehr vage gehaltene Antwort von Heimatminister Markus Söder auf die Frage, wie der Freistaat in der Zukunft aufgestellt sein wird.

Der Kniff\*, den das Königreich Bayern vor 150 Jahren angewendet hat, um die fremdelnden neuen Landesteile Schwaben und Franken zu integrieren, wird vermutlich nicht mehr funktionieren, trotz des Lederhosen- und Dirndl-Faschings auf der Münchner Wiesen\*. Die Wittelsbacher begannen damals, Brauchtum, Sprache und Trachten als staatsbildende Werte im Volk zu verankern.

Zweifellos haben Zwiebeltürme, Museen, Tracht und die schöne Landschaft starke heimatliche Bindekräfte entwickelt. Ein gutes Beispiel ist die Familie Aretin, die als eine ganz alte bayerische Familie gilt. Sie sind aber erst seit 300 Jahren hier, eigentlich stammt die Familie aus dem Tal Karabach. Die TV-Sprecherin Annette von Aretin hat gerne auf ihre englische Urgroßmutter, auf ihre Stief-Urgroßmutter aus Russland und auf familiäre Fäden nach Italien, Schweiz, Rumänien, Polen und Frankreich verwiesen. Die ganze Familie ist wie so viele andere ein europäisches Gemisch, und trotzdem bezeichnete sich der Spross Annette als eine glühende Niederbayerin.

Wie stark dieses Heimatgefühl im Freistaat ausgeprägt ist, zeigte eine Untersuchung des Bayerischen Rundfunks. 95 Prozent der Befragten gaben an, gerne in Bayern daheim zu sein. Überdies leben immer noch vier Fünftel der Bayern in jener Region, in der sie aufgewachsen sind, dem Wahlspruch des alten Cicero folgend: "Wo immer es gut geht, da ist Vaterland."

Gerade in dieser Umbruchszeit ist es deshalb unabdingbar, über Heimat nachzudenken. Es geht darum, "unseren Sehnsuchtsort immer wieder neu zu erfinden", schreibt die Kulturwissenschaftlerin Simone Egger. Eine allgemein gültige Definition gibt es nicht, egal ob man Heimat als Ort, als Gefühl oder als Gegenstand versteht. Der Tübinger Kulturwissenschaftler Hermann Bausinger hat Heimat überwiegend als eine Form der inneren Einstellung definiert. Insofern darf der moderne Heimatbegriff keinesfalls als Vehikel für eine Mia-san-mia-Mentalität dienen, die andere ausgrenzt, nur weil sie zum Beispiel keinen Einheimischen-Status haben.

Der oberbayerische Bezirksheimatpfleger Norbert Göttler wirbt dafür, Heimat unter humanitären Gesichtspunkten zu bewahren. Überall gebe es Menschen, die sich einer Heimat verbunden fühlen, überall gebe es aber auch Diktaturen, Vertreibungen, Zwangsumsiedelungen, Folter und Todesstrafe. "Wir können nicht so tun, als ob das alles die konkrete Heimatpflege in Bayern nichts anginge", sagt Göttler. Er hält es für schwer nachvollziehbar, mit welcher liebevoller Detailgenauigkeit sich die Heimatpflege um Trachten und Musikkultur, um Bräuche und Denkmäler kümmere, während lebens- und kulturverändernde Umwälzungen mit Wucht auf Dörfer und Städte heranrollen.

So betrachtet, kann Heimat auch in Bayern kein eng umgrenzter Begriff mehr sein. "Wir müssen vorhandenen Werten neue hinzufügen", sagt Göttler, "wir müssen das Fremde integrieren und als Bereicherung verstehen."

Quelle: *Süddeutsche Zeitung*, 01. 08. 2015, von Hans Kratzer

\*Dahoam = Daheim / Weiss und Blau sind die Farben der bayerischen Flagge. / der Kniff: l'astuce / Wiesn : mundartliche Bezeichnung für das Oktoberfest. / *Mia san mia* : Motto des Fussballteams FC-Bayern (bayerisch : « Wir sind wir »)

## Europas zögerlicher Hegemon

Deutschland ist Europas führende Macht, daran führt kein Weg vorbei. Berlin muss also einen Weg finden, mit dieser Macht umzugehen, ohne Europa zu zerstören. Ein Blick auf die USA könnte helfen.

Gemessen an Politikertreffen heutzutage waren die Versammlungen der Stände<sup>1</sup> des Heiligen Römischen Reiches durchaus kommod. Man reiste mit großem Gefolge, blieb Monate, ließ Musikanten und Gaukler aufspielen. Natürlich wurde beraten, gefeilscht und entschieden - das Reich war ein kompliziertes Gebilde. Macht musste gewogen und verteilt werden. Die Sache zog sich also.

Heute tagt Europas Ständeversammlung in Brüssel in fensterlosen Sälen und nennt sich Rat. Die Präsidenten und Premiers reisen in kleinen Flugzeugen und wollen abends wieder zu Hause sein. Allerdings bürgerte sich die unschöne Sitte ein, dass Sitzungen durchaus die gesamte Nacht in Anspruch nehmen können. Erschöpfung und Gereiztheit führen dann auch zu einem Ergebnis.

Bekannt ist, dass besonders eine Dame diese Selbstzermübnungsübung<sup>2</sup> beherrscht. Neu ist hingegen, dass diese Dame die Verhandlungen quasi monopolisiert. Als sich am 12. und 13. Juli 19 Staats- und Regierungschefs in Brüssel versammelten, um Griechenland vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren, war es Angela Merkel, die Stunde um Stunde mit dem griechischen Premier Alexis Tsipras und dessen Sekundanten François Hollande stritt. Währenddessen mussten 16 Regierungschefs im Wartezimmer Platz nehmen. Das Ergebnis wurde am frühen Morgen mitgeteilt und zustimmend zur Kenntnis genommen. Wer die Verhältnisse im neuen Europa verstehen will, muss dieses Wartezimmer der Macht vor Augen haben.

Die Erfahrung mit der neuen deutschen Stärke ist so neu nicht. Schon wenige Jahre nach dem Mauerfall prophezeiten Historiker wie Hans-Peter Schwarz diese Gewichtsverschiebung. Nach dem Finanz-Crash von 2008 und mit Fortdauer der Euro-Krise wurde die Dominanz Deutschlands in der europäischen Politik auch tatsächlich spürbar. Die Griechenland-Tragödie der vergangenen Wochen hat diese beinahe-hegemonialen Verhältnisse in all ihren hässlichen und gefährlichen Ausformungen wieder ans Licht gebracht.

Von Yanis Varoufakis bis Paul Krugman gibt es jetzt ein Feindbild: Imperialismus, Diktat, Unterdrückung, Knechtschaft, blindes Machtstreben, ökonomische Folter - das Prügelvokabular zum Beleg der Schlechtigkeit Deutschlands ist ansehnlich. Sollten andere Nationen - etwa Finnland, Estland oder Spanien - die griechische Rettungslogik ebenso abgelehnt haben, dann wurden sie nicht ernst genommen. Wer gleicher Meinung war wie Merkel, war entweder gekauft, geschickt oder sonst wie instrumentalisiert. (...)

Erstaunlicherweise wurde die Anklage besonders laut in jener Weltregion erhoben, die ihr eigenes Stärkeproblem eher ignoriert. Die in den USA geäußerte Kritik an der deutschen Dominanz erinnert kurios an die erbitterte Debatte über den amerikanischen Imperialismus, den unipolaren Augenblick, den machtbesoffenen Hegemon, der 2001 nach dem Terror von Al Qaida in neue Kriege zog.

### Europa hat schlechte Erfahrungen damit gemacht, dass Deutschland Macht missbrauchte

Nun also muss sich Deutschland mit dem H-Vorwurf<sup>3</sup> auseinandersetzen. Wirklich neu ist das nicht. Hegemonialität, diese unangefochtene Stärke, gehört zum Genmaterial der Republik. Wer sich auch immer mit der Akkumulation von Macht und deren Zerfall auseinandersetzt, der findet in der deutschen Geschichte viele betrübliche Beispiele. Deutschlands Nachkriegserfahrung in einem geteilten und eingehegten Land war ja nicht zuletzt Ergebnis eines vielfachen Missbrauchs der Macht. Die Europäische Union selbst war auch die institutionelle Antwort auf die Problemnation in der Mitte.

Freilich haben sich die Zeiten geändert. Von rechts bis links hat niemand in der politischen Klasse Deutschlands diese Führungsrolle gewollt oder gar angestrebt. Herrschaftsfantasien sind den Deutschen glücklicherweise sehr fremd geworden. Heute, nach Vereinigung und unzähligen europäischen Verschmelzungsdebatten wird es von sehr vielen als betrüblich empfunden, dass Deutschland seinem nationalen Gehäuse nicht entkommen und sich auch keiner politischen Schlankheitskur unterziehen kann.

Selbst wenn sich Deutschland den Führungserwartungen verweigert, wenn sich das Land blind und taub stellt: Der Blick der Nachbarn bleibt, wie das Griechen-Drama zeigt. Hatte Berlin teilnahmslos dem Niedergang zugeschaut, wäre es ebenso schuldig gesprochen worden: wegen Nicht-Handelns.

Deutschland wird als enorm potente politische Kraft in Europa angesehen. Seine Volkswirtschaft dominiert den Kontinent. Militärische Macht hat an Bedeutung verloren, stattdessen erwächst neue Autorität aus einer moralischen und kulturellen Haltung. Berlin ist nicht mehr Preußen-Kapitale, und viele frische Attribute wie Weltoffenheit, Toleranz und eine kulturelle Vielfalt - allen Hässlichkeiten gegenüber Asylbewerbern zum Trotz - werden honoriert. Jetzt muss

<sup>1</sup> die Versammlung der Stände: la Diète (Assemblée des Etats de l'Empire)

<sup>2</sup> die Zermübnung : l'usure.

<sup>3</sup> H-Vorwurf : Hegemonialität-Vorwurf.

das Land den Umgang mit seiner Exponiertheit lernen. Fehler werden da nicht toleriert.

Am Ende der Clinton-Präsidentschaft in den USA prägte die damalige Außenministerin Madeleine Albright den Begriff vom "benevolenten Hegemon", von einer wohlmeinenden Führungsnation. Das klingt verführerisch, funktioniert in der Praxis aber nicht immer. Allen wohl und keinem weh ist schwer durchzuhalten - diese Erfahrung haben die USA hinreichend gemacht.

Die Politik muss ein paar Lehren beherzigen, wenn sie von den neuen Zentrifugalkräften in Europa nicht zerrissen werden will. Die wichtigsten: Erschütterungen vermeiden, den Laden zusammenhalten, Verbündete suchen, Zeit gewinnen. So funktionierte die Eindämmung der Ukraine-Krise. Der Krieg blieb in der Region, die Europäische Union ist politisch nicht daran zerbrochen. Und so funktioniert auch die Euro-Rettung - Einblicke in den Abgrund inklusive. Bescheidenheit und Zögerlichkeit sind wichtige Attribute für einen Hegemon wider Willen. Gefahr entsteht, wenn das Land belehrend, moralisierend oder gar überheblich agiert. Davor sind gerade die Deutschen nicht gefeit<sup>4</sup>.

*Quelle: Süddeutsche Zeitung, 26.07.2015, von Stefan Kornelius*

---

<sup>4</sup> gefeit : immunisé.

## Der Mob<sup>1</sup> des Ostens

Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung tickt der Osten anders, besonders, wenn es um Ausländer geht. Das zeigt sich bei Pegida und AfD.

Deutschland wächst auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nur mühsam zusammen. Weiterhin besteht nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern auch ein politischer und mentaler Graben zwischen Teilen der Bevölkerung in Ost und West. Ostdeutsche engagieren sich seltener in politischen Parteien, sorgen für eine geringere Wahlbeteiligung und wählen in deutlich höherem Maße populistische und extremistische Parteien. Sie haben wenig Vertrauen in politische Institutionen, nur ein Viertel (gegenüber der Hälfte der Westdeutschen) hält zum Beispiel ein stabiles politisches System für eine der größten Leistungen der Bundesrepublik. Mit der praktizierten (parlamentarischen) Demokratie sind im Osten 40 Prozent zufrieden, im Westen 74 Prozent. Bei aktuellen Umfragen liegt die AfD bei knapp 17 Prozent, im Westen bei etwa sieben Prozent. Diese Partei profitiert von einer allgemeinen Unzufriedenheit und von der aktuellen Flüchtlingspolitik. Wenn die Zahl der Flüchtlinge im nächsten Jahr nicht zurückgeht, steht zu befürchten, dass sich die Proteste und die Reaktionen hierauf insbesondere in Ostdeutschland weiter radikalieren werden.

Besonders eklatant fällt die Ost-West-Differenz in Einstellung und Verhalten gegenüber Ausländern aus. Pegida und Co. mobilisieren in ostdeutschen Städten Zehntausende, in westdeutschen allenfalls einige Hundert. Rechtsextreme Straf- und Gewalttaten, in jüngster Zeit auch Übergriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte, sind in den neuen Ländern deutlich zahlreicher. Woran liegt das? Zwei miteinander verknüpfte Dimensionen sind hierfür verantwortlich: die Nachwirkungen unterschiedlicher politischer Sozialisationen und die durch die Wiedervereinigung entstandenen sozialen Umbruchprozesse. Ziel der in der DDR von der SED vorgegebenen Sozialisation war, den eigenen Willen der Heranwachsenden frühzeitig zu brechen und die Herausbildung von Individualität zu hemmen. Die "allseits gebildete sozialistische Persönlichkeit" sollte ein auf die Obrigkeit fixierter Kollektivmensch sein. Die sozialistische Volksgemeinschaft duldete keine Abweichung - darin waren sich Führer und Geführte weitgehend einig. Als auszugrenzende Personen galten die wenigen Ausländer, aber auch sogenannte Asoziale. 1989 lebten in der DDR nur etwa 1,2 Prozent der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit, in der Mehrzahl Männer (70 Prozent). Die meisten von ihnen waren sogenannte Vertragsarbeiter. Berichte über Zusammenstöße zwischen Einheimischen und Ausländern lesen sich wie aktuelle Nachrichten. Jugendliche verprügelten Mosambikaner und Angolaner in verschiedenen Städten, sogar Bombendrohungen registrierten die Sicherheitsorgane.

Typisch für die offizielle Sicht auf die Konflikte ist eine Parteiinformation aus dem Jahr 1988: "Bei konzentrierter Unterbringung ausländischer Werkstätiger in Wohngebieten der Bevölkerung treten jedoch immer wieder durch ruhestörenden Lärm, starke Inanspruchnahme der Wohngebietsansprüche, Alkoholmissbrauch Konflikte mit DDR-Bürgern auf. Ausländische Jugendliche werden zu Schlägereien provoziert, Wohnheime beschädigt und anderes mehr." Ein höheres Maß an Ausländerfeindlichkeit gab es - so das Ergebnis einer 1990 durchgeführten Befragung - im Süden, vornehmlich in Sachsen, insbesondere in den Städten Leipzig, Dresden und Chemnitz. Ausländer wurden des Öfteren in Gaststätten nicht bedient oder von Jugendlichen verprügelt. Die Volkspolizei zeigte sich bei Konflikten eher gleichgültig. Auf eine weitverbreitete Herabwürdigung von Ausländern deuten auch die häufig benutzten Bezeichnungen "Brikettis" für Farbige und "Fidschis" für Vietnamesen hin.

Nach dem Zusammenbruch der DDR änderten sich für nahezu alle Ostdeutschen die Arbeits- und Lebensverhältnisse. Sie sahen sich vor Herausforderungen gestellt, die mit Ungewissheiten und Unsicherheiten einhergingen. Geschickt nutzte die PDS diese Stimmung und schürte antiwestliche Ressentiments, von denen heute auch die AfD profitiert. Verrohung und Gleichgültigkeit sind bis heute nicht zuletzt Folgen des radikalen sozialen Wandels nach der Vereinigung. Viele Menschen wurden aus überschaubaren sozialen Milieus und planbaren Lebensverläufen herausgerissen. Alte Sicherheiten, selbst wenn sie zuvor als einengend empfunden worden waren, verschwanden und hinterließen eine Leerstelle. Die neue Freiheit setzte anfangs vermeintlich keine Grenzen. Auf sich allein gestellt, fehlte vielen Jugendlichen das Gefühl, gebraucht und anerkannt zu werden. In der alleingelassenen Jugend, die keine Vorbilder und Autoritäten mehr hatte, konnten rechtsextreme Rattenfänger Fuß fassen. Die schon in der Endphase der DDR vorhandene gewaltbereite rechtsextreme Szene breitete sich rasch aus und hat sich bis zum heutigen Tag in mehreren Generationen erhalten.

Inzwischen haben sich die meisten Ostdeutschen einen im Vergleich zum Westen zwar etwas geringeren, aber doch beträchtlichen Wohlstand erarbeitet. Die anfangs hohe Arbeitslosigkeit ist stark gesunken, aber der Sozialneid gegenüber dem Westen und den Ausländern ist geblieben. Die Gemütsverfassung - zu kurz gekommen zu sein - hat sich ebenfalls gehalten. Jetzt kommen Hunderttausende Ausländer ins Land, die am Wohlstand teilhaben wollen. Viele Ostdeutsche halten die meisten von ihnen für "Wirtschaftsflüchtlinge", die hier nichts zu suchen haben. Hiergegen artikulieren sie Protest bis hin zu Gewaltübergriffen. Eine schweigende Mehrheit sieht zu, Gegendemonstrationen werden vom linken bis linksextremen Milieu bestimmt. Sicherlich kann und darf man die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung kritisieren, aber den ins Land kommenden Ausländern mit Hass und Verachtung zu begegnen ist Ausdruck antizivilen Verhaltens. Und da liegt das Problem: Die Zivilgesellschaft ist vielerorts in Ostdeutschland nur ein zartes Pflänzchen, das vom Mob

<sup>1</sup> *der Mob* (péj.): la populace.

niedergetrampelt wird.

Unter den Sympathisanten von Pegida und AfD gibt es sicherlich auch Rechtsextremisten, aber viele Mitläufer begreifen ihren Protest als Fortsetzung der Demonstrationen im Spätherbst 1989. Sie fühlen sich "von denen da oben" – damals der SED, heute der Regierungskoalition – bevormundet, etwa wenn bei der Frage der Flüchtlingsunterbringung nur zugewiesen und nicht erst diskutiert wird. In dem Maße, wie sich nahezu die gesamte politische Klasse und die gesellschaftlichen Kräfte gegen die Protestierenden stellen, sehen sie sich in ihrem Widerspruch bestätigt und setzen ihn trotzig fort. Diese Haltung aufzubrechen ist eine Aufgabe aller Parteien, die keine weitere Radikalisierung wollen.

*Quelle: Die Welt, 29.12.15, von Klaus Schroeder.*

*Der Autor ist Professor für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin und Leiter des Forschungsverbunds SED-Staat.*

## Der unheimliche NPD-Coup in einer hessischen Stadt

Bei der Kommunalwahl in Hessen schaffte die NPD in Büdingen ein zweistelliges Ergebnis – viele Bürger sind entsetzt. Wie konnten die Rechtsextremen nur so stark werden? Eine Spurensuche am Ort.

(...) Einen Stimmenanteil von 10,2 Prozent konnten die Rechtsextremen bei der hessischen Kommunalwahl in Büdingen im Wetteraukreis auf sich verbuchen, vier Sitze werden sie in der Stadtverordnetenversammlung einnehmen. Am Wahlabend selbst, beim Trendergebnis, als etwa zwei Drittel der Stimmen ausgezählt waren, lagen sie sogar noch bei über 14 Prozent, in einigen Ortsteilen gar bei über 30 Prozent. Für Daniel Lachmann, den stellvertretenden Vorsitzenden der NPD in Hessen, den Vorsitzenden der Partei im Wetteraukreis, ist es eine Sensation. Für die meisten Büdinger und den Rest der Republik ist es ein Schock. An der mittelhessischen Stadt mit etwa 21.000 Einwohnern haftet das Stigma. Büdingen, das ist seit der Kommunalwahl Hessens brauner Flecken.

Wie konnte das passieren? Warum hat hier jeder zehnte Wähler für die Partei vom Ende des rechten Rands, über deren Verbot gerade das Bundesverfassungsgericht berät, gestimmt? Das fragen sie sich jetzt in der Stadt. (...) Die Arbeitslosigkeit ist gering, liegt in der Wetterau bei etwa fünf Prozent, niedriger als in Frankfurt. Wer sagt, dass es den Menschen hier gut geht, liegt damit gewiss nicht falsch.(...)

### Wahlkampf gegen die "Asylmafia"

Lachmann sagt, dass die Menschen honorieren würden, dass er sich kümmern würde; dass er sich etwa für Zebrastreifen vor Schulen oder die Beheizung einer Trauerhalle ins Zeug gelegt habe; dass die NPD die einzige Partei sei, die sich gegen die Errichtung von Windkraftanlagen stelle. Aber natürlich spiele vor allem die Flüchtlingspolitik eine zentrale Rolle. (...) Seit vergangenem Dezember gibt es eine Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber in Büdingen. Sie liegt am Ortsrand, auf einem ehemaligen Kasernengelände der amerikanischen Armee. Die Gebäude standen seit 2007 leer. Man sieht einen der Witterung überlassenen Spielplatz, das frühere Einfahrtstor mit englischer Beschriftung, Baracken, Zäune und Stacheldraht. (...) Lachmann erzählt von Security-Kräften, die in der Kaserne angegriffen werden, von Asylbewerbern, die besoffen randalieren, von Diebstählen in den Supermärkten. Er sagt, er wisse, dass ein elfjähriges Mädchen belästigt worden sei. "Jeder bekommt das mit", behauptet der NPD-Politiker. Und seine Partei spreche es aus. Daraus ziehe sie ihr Kapital.

Fragt man im Rathaus nach, dann heißt es, dass keine gestiegene Kriminalität in Büdingen festgestellt wurde, seit es die Einrichtung gibt. Die Gerüchte aber sind da. Daniel Lachmann will nicht nur keine Flüchtlingsunterkunft in seiner Stadt. Er will auch, dass ein muslimisches Gebetshaus, das es in Büdingen gibt, wieder schließen muss. Er glaubt daran, dass es, wenn man sich heute nicht gegen den Einfluss der Muslime wehrt, dazu kommen wird, dass die Bundesregierung in zehn Jahren Frauen in Deutschland per Gesetz vorschreiben wird, Kopftuch zu tragen. (...)

### In Büdingen hat die AfD nicht kandidiert

Vor allem eins dürfte den Erfolg der NPD möglich gemacht haben: Die Alternative für Deutschland ist bei der Kommunalwahl in Büdingen nicht angetreten. Im landesweiten Durchschnitt kamen die Rechtsextremen der NPD gerade einmal auf 0,3 Prozent. Wo sie mit der AfD konkurrieren mussten, wurden sie weit abgeschlagen. Die hessische AfD grenzt sich von der NPD klar ab. Auch in Büdingen hat es bereits einige Veranstaltungen der AfD gegeben. "Der Partei ist es aber offensichtlich nicht gelungen, hier eine eigene Liste aufzustellen", sagt Erich Spamer von den Freien Wählern\*, Bürgermeister der Stadt. Den NPD-Erfolg erklärt er als das Ergebnis einer Protestwahl, als Abstimmung gegen die Bundespolitik. Die Exzesse der Kölner Silvesternacht hätten ihr Übriges getan, um die Menschen in die Arme derer zu treiben, die "Ängste schüren, aber keine Lösungen anbieten". Der Bürgermeister beharrt darauf, dass Büdingen "kein Rechtsextremismus-Problem" habe. (...)

### Rechtsextremer Aufmarsch am Jahrestag der Machtergreifung

"Büdingen wehrt sich – Asylflut stoppen" heißt die Facebook-Gruppe, die gegründet wurde, als die Nachricht, dass der Ort eine Flüchtlingsunterkunft bekommen soll, in der Welt war. Hier finden Frust und Hetze ihren Raum. Beinahe 2700 Fans hat die Seite. Flüchtlinge werden dort als "Sozialtouristen", "Invasoren" oder "Rapefugees"\* bezeichnet, gegen "Polit-Marionetten" und "Lügenpresse" wird gewettert, aber auch gegen Prominente wie Til Schweiger, die sich für Flüchtlinge engagieren. "Lasst uns in Ruhe mit eurer medialen Toleranz und Weltoffenheits-Gequatsche", heißt es da. Daniel Lachmann ist einer der Administratoren der Facebook-Seite; im Impressum wird er als Kontakt genannt. Unter dem Motto "Büdingen wehrt sich" haben die Rechtsextremen vor der Kommunalwahl auch gegen die Flüchtlingsunterkunft demonstriert. Ausgerechnet am 30. Januar, dem Jahrestag der nationalsozialistischen Machtergreifung, wollten sie mit brennenden Fackeln durch die Altstadt ziehen. (...) In Büdingen wurden zwar die

Fackeln gerichtlich verboten; der Demozug fand aber trotzdem statt. "Das Datum war reiner Zufall", behauptet Daniel Lachmann. Warum haben sie den Aufzug, als Kritik an dem Termin laut wurde, dann nicht einfach verlegt? "Das kann ich nicht beantworten, ich war nicht der Anmelder dieser Demo", sagt der NPD-Mann.

#### **SPD im Ort gesteht Kommunikationsfehler ein**

Manfred Scheid-Varisco, der Chef der Büdinger Sozialdemokraten, hat damals die Gegendemonstration auf die Beine gestellt. "Büdingen ist weltoffen" haben sie ihr Bündnis getauft, SPD, CDU, FDP, Freie Wähler und Grüne haben sich beteiligt, die Kirchen und die in der Flüchtlingshilfe engagierte Ehrenamtsagentur. (...) "Wir haben ein Problem, und da müssen wir jetzt ran", sagt er. Eine gemeinsame Allianz der demokratischen Parteien sei nötig, so der SPD-Mann. "Wenn wir zusammenhalten, wird die NPD in fünf Jahren wieder aus dem Parlament gewählt", hofft er. Scheid-Varisco gesteht aber auch ein, dass Fehler gemacht wurden, als die Flüchtlingsunterkunft entstand. Man habe zu wenig auf die Sorgen gehört, zu wenig erklärt. "Mit einer einzigen Informationsveranstaltung ist das nicht getan", sagt der SPD-Politiker. Er will jetzt Bürgerdialoge initiieren, will künftig besser darüber informieren, was in der Kaserne passiert, eventuell auch die Polizeipräsenz erhöhen. "Dann schaffen wir auch, dass die Angst und die Gerüchte wieder verschwinden." (...)

*Quelle: [www.welt.de](http://www.welt.de) / 16. 03. 2016 - Von Alexander Jürgs, Büdingen*

\* « Freie Wähler » est une association transformée en parti politique en 2009 / « rapefugees » est la combinaison de deux mots anglais : « rape » (viol) et « refugees » (réfugiés).

## Herzlich willkommen und tschüss!

Die Bundeskanzlerin fordert Flüchtlinge zur Rückkehr auf, sobald der Fluchtgrund entfällt. Eine Selbstverständlichkeit oder das Ende der Willkommenskultur? Was das Gesetz und die Betroffenen dazu sagen

Das waren ganz neue Töne von der ansonsten immer noch recht freundlich schauenden Bundeskanzlerin: "Wir erwarten, dass, wenn wieder Frieden in Syrien ist und wenn der IS im Irak besiegt ist, dass ihr auch wieder, mit dem Wissen, was ihr jetzt bei uns bekommen habt, in eure Heimat zurückgeht", sagte Angela Merkel auf dem Landesparteitag der CDU von Mecklenburg-Vorpommern. Schließlich seien auch nach dem Ende der jugoslawischen Zerfallskriege in den 90er Jahren rund 70 Prozent der Flüchtlinge wieder in ihre Heimat gegangen, fügte die Kanzlerin an.

Ist ihre Aufforderung eine Selbstverständlichkeit oder das Ende der Willkommenskultur? Was sagen Gesetz und Flüchtlinge selbst zur Heimkehr? Und was ist der große Unterschied zu den Jugoslawien-Flüchtlingen?

### Können die Flüchtlinge einfach zurückgeschickt werden?

Rechtlich eindeutig geregelt ist: Sobald der Fluchtgrund entfällt – also wieder Frieden herrscht oder eine Verfolgung nicht mehr besteht – ist ein Flüchtling kein Flüchtling mehr und kann wieder in sein Land zurückkehren. Insofern hat Merkel eine Selbstverständlichkeit ausgesprochen.

Genauer: Laut den im Aufenthaltsgesetz implementierten EU-Richtlinien wird der Schutzstatus widerrufen, wenn die Gefahr für Leib und Leben wegen rassischer, ethnischer, religiöser oder politischer Verfolgung nicht mehr gegeben ist. Ohnehin gilt der Schutz für anerkannte Asylbewerber (nach dem Grundgesetz) und Flüchtlinge (nach der Genfer Konvention) nur für drei Jahre. Für die subsidiär Schutzbedürftigen - sie machen nur einen geringen Teil der Syrer und Iraker aus - sogar nur ein Jahr. Nach Ablauf dieser Fristen wird wieder genau geprüft. Auch innerhalb dieser Fristen kann der Schutzstatus widerrufen werden. Faktisch bedeutet der Entzug (über ihn entscheidet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) nicht, dass auch der Aufenthaltstitel (über ihn entscheiden die Ausländerbehörden) entzogen wird.

Falls sich etwa die Situation in Syrien entspannen sollte, können die Behörden zwar den Schutzstatus entziehen. Wenn der Betroffene aber geheiratet, ein Kind gezeugt oder eine Arbeitserlaubnis erhalten hat, bekommt er in der Regel trotzdem einen neuen Aufenthaltstitel – und falls er keinen bekommt, bestehen noch immer die bekannten "Hürden", ausreisepflichtige Ausländer tatsächlich abzuschieben.

### Was ist heute anders als im Fall der Jugoslawien-Flüchtlinge?

Infolge der jugoslawischen Zerfallskriege kamen Anfang der 90er ebenfalls Hunderttausende ins Land. Die Mehrheit verließ es jedoch auch wieder, worauf Merkel hinwies. Anders als heute kamen damals die meisten Flüchtlinge durch humanitäre Aufnahmekontingente. Das bedeutet: Deutschland hat den Bürgerkriegsflüchtlingen aus Jugoslawien über ein kollektives Verfahren Schutz gewährt. Der renommierte Ausländerrechtler Kay Hailbronner sagt der "Welt": "Die Flüchtlinge aus Jugoslawien hat man damals zwar großzügig aufgenommen, ihnen aber nicht wie heute einen individuellen Rechtsanspruch zugesichert. Als der Krieg vorbei war, konnten die Behörden unkompliziert den Aufenthaltstitel entziehen und die Ausreisepflicht erteilen." Der Rechtsprofessor von der Universität Konstanz sieht Merckels Aussage kritisch: "Die Rückkehr von Syrern gegen ihren Willen nach Kriegsende wird sehr schwer durchsetzbar sein, weil ihnen faktisch ohne individuelle Prüfung Schutzstatus gewährt wurde." Auch quantitativ war die Situation nicht vergleichbar: Während damals an die 350.000 Flüchtlinge aus dem zerfallenden Jugoslawien nach Deutschland gekommen waren, reisten im Jahr 2015 mehr als eine Million Flüchtlinge und Migranten ein.

### Wollen die Menschen zurück?

Die meisten nicht, wie eine Analyse des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge ergab. In der Befragung von 2800 Asylberechtigten und anerkannten Flüchtlingen "zeigt sich eine starke Orientierung hin zu einer langfristigen Perspektive in Deutschland. 84,7 Prozent der Befragten geben an, für immer in Deutschland bleiben zu wollen", schreiben die Autoren der im Januar veröffentlichten Studie. Laut der Analyse, die sich auf Befragungen von rund 2800 Asylberechtigten vor allem aus Afghanistan, dem Irak und Syrien im Jahr 2014 bezieht, wollen also fast alle Flüchtlinge Deutsche werden.

79,8 Prozent aller Befragten möchten die deutsche Staatsangehörigkeit "auf jeden Fall" erwerben, elf Prozent wollen dies "wahrscheinlich" tun. Syrer weisen mit 75,9 Prozent einen etwas geringeren Anteil derjenigen auf, die "auf jeden Fall" die deutsche Staatsangehörigkeit beantragen wollen, als Befragte aus dem Irak (79,8 Prozent) oder Afghanistan (83,2 Prozent).

### Wie kann die Rückkehr erleichtert werden?

Wenn Angela Merkel darauf hofft, dass viele Flüchtlinge zurückkehren, könnte die Aktivierung der "Massenzustromsrichtlinie" weiterhelfen – vor allen Dingen für jene Bürgerkriegsflüchtlinge, die bereits angekommen sind, aber ihren Asylantrag noch nicht gestellt haben. Die EU hatte diese Richtlinie 2001 unter dem Eindruck der Jugoslawien-Kriege beschlossen. Schon der offizielle Titel offenbart Parallelen: Von Mindestnormen "für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen" ist die Rede und von "Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser

Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten".

Die Richtlinie ermöglicht eine kollektive und für die Zeit des Konflikts andauernde Schutzgewährung, entlastet durch den Wegfall der individualisierten Prüfverfahren das Asylsystem, und hebt die Notwendigkeit einer europäischen Lastenteilung hervor. Allerdings bedürfte es zur Aktivierung der Richtlinie eines Beschlusses des Ministerrates. Der ist bisher noch nicht zustande gekommen, vor allem, weil sich nur wenige EU-Staaten an der Aufnahme und Verteilung von Bürgerkriegsflüchtlingen beteiligen möchten.

Quelle: *Die Welt*, 02.02.2016, von Marcel Leubecher.

## Deutschland: Dieser andere deutsche Herbst

Das Bild, das die Deutschen von sich selbst haben, ist am Ende dieses Sommers reichlich erschüttert. Das erinnert an das Krisenjahr 1977, in dem Hanns Martin Schleyer ermordet und die "Landshut" gestürmt wurde.

Im individuellen Leben gibt es Phasen, in denen eine schnelle Folge entscheidender Herausforderungen mit unglücklichen Zufällen konvergiert, sodass sich die Ballung der Probleme zu einer gereizten Stimmung steigert. "Verflixt"\* nennen wir solche Momente. (...) Als sich der Sommer zum Ende neigte, setzte der bis heute nicht verebbte\* Flüchtlingsstrom ein, auf den die Nation zunächst mit einer schönen Euphorie über die eigene Bereitschaft reagierte. (...) Wenig später folgte die Offenlegung der in ihren institutionellen Verzweigungen so verwirrend weitreichenden Motorenmanipulation bei Volkswagen, die nicht nur Deutschlands führende Exportindustrie, sondern auch seinen Ruf als Land des ökologischen Bewusstseins gefährdete. Und als ob der nationale Moment an dieser Stelle nicht schon verflixt genug gewesen wäre, kamen dann auch noch jene Dokumente an den Tag, die zeigten, dass der Deutsche Fußball-Bund aktiv am Fifa-Korruptionssyndrom beteiligt war, was vor allem den schönen Bildern vom selbst erklärten "Sommermärchen" der Weltmeisterschaft 2006 einen maroden Anstrich gab.

Innerhalb dieser deutschen Ereigniskette haben die politischen Positionen der Griechenlandkrise und die Reaktionen auf den Flüchtlingsstrom vor allem internationale Aufmerksamkeit erregt, während die Skandale bei Volkswagen und im Fußball-Bund das positive deutsche Selbstbild in Mitleidenschaft zogen. Die Struktur von akkumulierten Wirkungen in der gegenwärtigen Krisenstimmung erinnert an den Deutschen Herbst des Jahres 1977, obwohl ihre einzelnen Herausforderungen weniger traumatisch und als Folge nicht so eng verknüpft waren wie die Hinrichtung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, die Entführung des Lufthansa-Flugzeugs Landshut samt seiner gewaltsamen Befreiung und die Selbstmorde der RAF-Häftlinge im Gefängnis von Stammheim vor achtunddreißig Jahren. Vor allem in der Verunsicherung von zwei verschiedenen, damals und heute etablierten Selbstbildern der Nation liegt die Affinität zwischen dem Herbst 1977 und dem von 2015. Dank der Reaktionen auf den Herbst 1977 überwand die alte Bundesrepublik ihre Nachkriegsidentität als spannungslose Gesellschaft des Fleißes und des angeblich politisch unschuldigen Erfolgs. Aber wie kann man den Kontrast zwischen 1977 und 2015 beschreiben? Was war das andere nationale Selbstbild, dessen vielleicht unumkehrbare Desintegration die Krisensequenz der vergangenen Monate begleitet hat?

Die Veränderung des deutschen Selbstbildes hat sich in den beinahe vierzig Jahren seit dem ersten Deutschen Herbst in drei Phasen vollzogen. Zwar war auch das jetzt prekär gewordene Selbstbild noch von der historischen Last der zwölf nationalsozialistischen Jahre geprägt, von dem seit 1945 nur immer deutlicher gewordenen Willen, für sich selbst und die Welt zu einer anderen Nation zu werden. Dieses erneuerte Selbstbild wird heute längst von einer Mehrheit der Deutschen verkörpert, die den Ursprungsimpuls nicht selbst erlebt haben und deshalb höchstens als Teil ihrer fernen Vorvergangenheit ansehen. So ist Deutschland erstens vom Land des guten Willens und der Sehnsucht nach Veränderung zu einer Nation der intensiven öffentlichen Diskussionen über ethische Fragen und moralisches Selbstbewusstsein geworden. Innerhalb einer globalen Gegenwart (...) gibt es zweitens wohl keine andere Gesellschaft, welche so intensiv wie die deutsche an die Möglichkeit transnational verbindlicher Lösungen glaubt und auf ihr eigenes politisches System, aber vor allem auf internationale Organisationen wie die Europäische Union oder die Vereinten Nationen mit der Hoffnung setzt, diese Lösungen verbindlich zu machen. Drittens gehört es zum Profil des heutigen Deutschlands – und hier stimmen das Selbstbild und die globale Fremdwahrnehmung überein –, sich auch ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung grundsätzlich der Übernahme von politischen oder gar militärischen Führungsfunktionen zu verweigern. Der Verzicht, an der Befreiung Libyens vom Gaddafi-Regime teilzunehmen, aber auch die spezifische Limitierung der deutschen Militärpräsenz in Afghanistan illustrieren die Tendenz.

Bis zum vergangenen Sommer jedoch war tatsächlich die Hoffnung lebendig, moralische Autorität an die Stelle einer konturierten nationalen Außenpolitik treten zu lassen. Dieses Selbstvertrauen, meine ich, war intern kaum je wirklich durchschaut oder gar programmatisch beschrieben worden. (...) In ihren verschiedenen, während der letzten Jahrzehnte entstandenen Komponenten erklärt diese von einem breiten Konsens getragene Identität, warum die Nation auf die Herausforderungen der vergangenen Monate so verletzlich reagierte. Ihr moralisches Selbstvertrauen war überrascht und verwundet von der Kritik, dass sich – ausgerechnet – Deutschland einen Ton moralischer Überlegenheit gegenüber Griechenland angemaßt habe. Nicht zuletzt deshalb wollten seine Bürger

als vergleichsweise reiche Gesellschaft Großzügigkeit beweisen, indem sie allen Flüchtlingen die Möglichkeit einer neuen Existenz eröffneten. Zugleich motivierte dieses Selbstbild aber die besonders nachhaltige interne Irritation durch Verfehlungen emblematischer nationaler Institutionen wie Volkswagen oder den DFB. (...) Wie 1977 ist auch im gegenwärtigen Herbst auf die Bewusstwerdung einer seit Langem etablierten Identität der zunächst vage, aber von Beginn an beunruhigende Eindruck gefolgt, dass diese Identität nicht mehr aufrechtzuerhalten sei – ohne dass konkrete Alternativen zur Verfügung stünden. (...)

*Quelle: [www.zeit.de](http://www.zeit.de) /19. 11. 2015 (DIE ZEIT Nr. 45/2015, 5. November 2015) - Von Hans Ulrich Gumbrecht*

*\*verflixt : maudit / verebben : se tarir*

## Mehr Bildungsaufsteiger als -absteiger

**Die Pisa-Studien diagnostizierten: Deutschlands Bildungssystem ist ungerecht. Eine neue Untersuchung kommt trotzdem zum Schluss, dass sich die Aufstiegschancen verbessert haben.**

Kitas und mehr Ganztagsschulangebote können bildungsfernen Kindern zu mehr Chancen verhelfen. Darauf hoffen die meisten Bildungsstudien. Vor 15 Jahren offenbarten die Pisa-Tests massive Defizite im deutschen Bildungssystem. Und auch in der Gegenwart gibt es Kritik: Laut OECD tut sich Deutschland bei der Bildungsgerechtigkeit noch immer schwer.   
5 Trotz Verbesserungen sei der Bildungserfolg der Kinder noch zu stark an den sozialen Status der Eltern gekoppelt.

Eine neue Studie des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) kommt nun zu einem anderen Schluss. Demnach sind die Aufstiegschancen besser als vermutet. Die Kopplung an den Status der Eltern nehme ab, heißt es im Report *Bildungsgerechtigkeit in Deutschland*. Die Studie wurde im Auftrag der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) durchgeführt.   
10

Die Autorinnen der Studie, Christina Anger und Anja Katrin Orth, fassten für ihren Bericht ältere Bildungsstudien und eigene Berechnungen zu Themen wie Einkommen, soziale Durchlässigkeit und Perspektiven von Hochschulabsolventen zusammen. "Seit dem Schock der ersten Pisa-2000-Erhebung haben sich wichtige gerechtigkeitsrelevante Aspekte beim Zugang zu Bildung verbessert", lautet ein Fazit. Zudem sei das durchschnittliche Kompetenzniveau der Jugendlichen gestiegen. Diese Entwicklung hatte auch die OECD in den letzten Pisa-Studien selbst schon festgestellt.   
15

Je nach Blickwinkel könnten daher unter den 30- bis 65-Jährigen in Deutschland auch gut 25 Prozent als Bildungsaufsteiger und knapp 17 Prozent als Bildungsabsteiger bezeichnet werden. Werden die Bildungsabschlüsse auf den durchschnittlichen Bildungsstand der Eltern bezogen, so sind es sogar 53,8 Prozent Bildungsaufsteiger und 14,1 Prozent Bildungsabsteiger, heißt es in der KAS-Studie. Da das Bildungsniveau in Deutschland relativ hoch ist, sei zudem ein Kind von Hochschulabsolventen, das selbst eine berufliche Bildung abschließt, formell zwar ein Bildungsabsteiger, gehöre aber deshalb nicht zur Problemgruppe. Schließlich hätte es in Deutschland mit mittlerem Berufsabschluss beste Chancen, eine gute Stelle zu finden und gut zu verdienen.   
20  
25

Der Bildungsabstand zwischen Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern mit deutschem Hintergrund sei lange sehr groß gewesen, aber zuletzt geringer geworden. Es gehe in Deutschland vor allem um "Startchancengerechtigkeit". Die frühkindliche Bildung könne besser als noch vor wenigen Jahren zu mehr Gerechtigkeit beitragen und noch stärker von bildungsfernen Schichten genutzt werden. Wie auch die Ganztagsangebote in den Schulen, die besonders den Bildungsschwachen zugutekämen.   
30

Man registriert so eine positive Entwicklung bei den Nichtakademikerkindern. Ein Zugang zum Studium verbessert die Bildungschancen. Die Angebote berufsbegleitender Studienmöglichkeiten dienen dazu, das Qualifizierungsniveau zu heben und sollten deshalb weiterentwickelt werden, heißt es in der Studie. Der KAS-Report kommt damit zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie die OECD-Analysen der Pisa-Studien.   
35

## Gefahr für die Vielfalt?

### **Eine offene Gesellschaft braucht Meinungsvielfalt. Die ist jedoch durch digitale Plattformen bedroht, die herrschende Ansichten verstärken.**

Bei Facebook wurde vor einigen Wochen von einem Mitarbeiter offenbar die Frage gestellt, welche Verantwortung das soziale Netzwerk habe, einen Präsidenten Trump zu verhindern. Die Frage illustriert die Bedeutung digitaler Plattformen für die Meinungsbildung - denn in der Tat könnte eine Modifikation der auf Facebook angezeigten Nachrichten(reihenfolge) Wahlen beeinflussen. Einen möglichen Einfluss stellte (implizit) auch Facebook selbst nicht in Abrede: Die vorgebliche Neutralität schwand damit ins Reich der Illusion.

Die Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Meinungsbildung resultiert aus der Konzentration von Daten und Nutzern bei bestimmten Anbietern. Digitale Intermediäre beeinflussen zwangsläufig die Informationswahrnehmung der Nutzer. Eine Kanalisierung ist hierbei grundsätzlich durchaus erwünscht und sinnvoll: Suchmaschinen und Medienportale offerieren in Anbetracht der Informationsfülle eine populäre und oft hilfreiche Dienstleistung. Jedoch gilt: Wer den jeweiligen Algorithmus konfiguriert, trifft wesentliche Wertungsentscheidungen über die angezeigten Informationen.

Eine weitere Entwicklung verstärkt seit längerem die Kanalisierung von Informationen:

Digitale Intermediäre (wie auch andere Diensteanbieter) werten umfassend das Nutzerverhalten aus. Ziel ist hierbei eine „Optimierung“ des Angebots. Der Einzelne soll ein „individuelles“, auf die zuvor ermittelten Präferenzen abgestimmtes Angebot erhalten. In diesem Sinne setzen manche Zeitungs-Websites bereits eine Nutzerpräferenzen-spezifische Artikelauswahl ein. Dieser „Komfort“ ist allerdings nur auf den ersten Blick eine uneingeschränkt positive Entwicklung. Medienwissenschaftlich droht hier als Folge eine Verengung der Wahrnehmung auf schon in den Präferenzen gespiegelte Meinungen. Andere, abweichende oder neuere Ansichten hätten eine entsprechend reduzierte Wahrnehmbarkeitschance. Zu Recht hat daher jüngst der Direktor des Saarbrücker Max-Planck-Instituts für Informatik, Gerhard Weikum, in der *Frankfurter Allgemeinen* Sonntagszeitung auf die Gefahren von „individuell“ zugeschnittenen Nachrichtenseiten hingewiesen. Im geltenden Recht sollte diesen Gefährdungslagen zumindest teilweise durch eine entsprechende Auslegung des Datenschutz-, Vertrags- und Kartellrechts entgegengetreten werden.

Der Austausch von Meinungen ist der Wesenskern einer offenen Zivilgesellschaft. Jeglicher Lösungsansatz sollte deshalb das Ziel haben, die Meinungsvielfalt zu begünstigen und die für die Demokratie unerlässliche Meinungsbildung auch im Internet abzusichern. Dies ist und bleibt eine besondere Herausforderung für die demokratische Zivilgesellschaft im 21. Jahrhundert.

## Abgeordnete mit verbundenen Augen

### Computer sollen in den Klassenzimmern Einzug halten. Welche Risiken birgt das? Ein Bericht des Bundestages will es nicht so genau wissen.

2016 scheint das Appelljahr für die Digitalisierung von Schulen und Hochschulen zu werden. Industrie und Bundesregierung wollen die Bildungseinrichtungen wachrütteln. „Programmieren gehört auf alle Lehrpläne“, forderte Telekom-Chef Timotheus Höttges im April beim Forschungsgipfel. Angela Merkel mahnte gerade erst „verpflichtenden Computerunterricht in der Grundschule“ an. Ende des Jahres dreht sich auch der Nationale IT-Gipfel nur um die digitale Bildung. Die Schulen sollen offenbar im Eiltempo nachholen, was Industrie und Politik lange verschlafen haben. Nötig sei ein Masterplan Digitale Bildung.

Der Bundestag hat nun einen Bericht „Digitale Medien in der Bildung“ schreiben lassen. Auftraggeber war der Bildungsausschuss, der auch für „Technikfolgenabschätzung“ zuständig ist. Darunter versteht man gemeinhin das Erörtern von sozialen Chancen und Risiken einer neuen Technik. Fast wollte man aufatmen, dass das hohe Haus einen Moment innehält, um die Konsequenzen digitalisierter Klassenzimmer aufzuzeigen. Aber der Bericht bezieht sich fast ausschließlich auf die guten Hoffnungen des Lernens mit Tablets, Blogs und Games. 245 Seiten, keine fünf davon thematisieren Risiken.

Er definiert Familien, Schulen und Hochschulen als Bereiche, in denen das „allgegenwärtige Social Web“ das Leben von Kindern und Jugendlichen massiv verändert. Das reicht von sogenannten „Open Educational Resources“ (also dem „digitalen Schulbuch“) über Apps und Webvideos bis hin zu Zukunftstechnologien für Bildungsmedien. Letzteres meint unter anderem den Einsatz „künstlicher Intelligenz“ fürs Lernen. Beispiele sind Puppen oder Roboter, die mit Kindern lernen und gleichzeitig den Lernfortschritt in Bild und Ton dokumentieren. Allein hier gäbe es Anlass für interessante Fragen zur Totalspeicherung ganzer Bildungsabschnitte. Der Bericht belässt es aber bei einer Beschreibung. In Teilen übernimmt er sogar die Interpretationen der Herstellerfirmen.

Bei Experten fällt die Studie durch. Die Deutsche Kinderhilfe begrüßte auf Anfrage, dass der Bundestag sich mit digitalen Medien befasst. Allerdings seien „die eigentlichen Gefahren und Risiken für Kinder und Jugendliche“ aus den Augen verloren worden: Cyber-Mobbing, Sexting und Cybercrime. Aber auch beim Lernen selbst bekommt das Papier keine guten Noten. Digitales Lernen werde zu sehr als „geräte- und technikabhängiger Prozess“ verstanden. Es müsse aber an seinem pädagogischen Nutzen für Schule und Unterricht gemessen werden, sagt René Scheppeler, ein Vorreiter digitalen Lernens, der lange für die Digital-Initiative „D21“ Lehrerfortbildungen organisierte. In der Tat verwundern die Quellen der Autoren. Wichtigster Stichwortgeber ist die Industrielobby Bitkom ... Wichtige kritische Autoren fehlen dort hingegen. Die Abgeordneten, so scheint es, erforschen das Netz am liebsten mit verbundenen Augen.

Aus: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 07.06.2016

## Studieren auf Pump

**Wer kein Bafög bekommt, kann sich mit Krediten ein Studium finanzieren. Das spart den Studentenjob und hilft, sich voll aufs Lernen zu konzentrieren. Ein Lichtblick? Vorsicht vor der Schuldenfalle!**

Sechs Prozent der deutschen Studenten finanzieren sich ihr Studium auf Pump. Die Kredite ermöglichen es ihnen, sich voll und ganz auf das Lernen zu konzentrieren oder ihr (Wunsch-) Studium überhaupt erst aufzunehmen. Durch einen erfolgreichen Abschluss und den anschließenden Einstieg in ein gut bezahltes Berufsleben ist die spätere Rückzahlung des Kredits scheinbar kein Problem. Doch das ist zu kurz gedacht: Nicht selten ist die Schuldenlast nach der Entlassungsfeier, und erst recht bei vorzeitigem Studienabbruch, kaum mehr zu stemmen. Was also ist die beste Studienfinanzierung?

87 Prozent der Studenten erhalten Unterstützung durch ihre Eltern, 63 Prozent bessern ihren Kontostand mit einem Nebenjob auf. Knapp ein Drittel bezieht Bafög, also staatliche Unterstützung, die je zur Hälfte als rückzahlungsfreier Zuschuss und als zinsloses Darlehen gewährt wird.

Zusätzliche Studienkredite und Bildungsfonds werden in Deutschland durch die nationale Förderbank KfW vergeben, die Abwicklung erfolgt über Banken und Sparkassen. Unabhängig von Einkommen und vorhandenen Sicherheiten zahlt die KfW monatlich zwischen 100 und 650 Euro, den Betrag dürfen die Studenten selbst festlegen. Die ausgezahlte Summe reduziert sich jedoch um die Zinsen, die sofort einbehalten werden. Der effektive Jahreszins beträgt gegenwärtig 4,16 Prozent, gezahlt wird je nach Alter des Schuldners maximal drei bis sieben Jahre lang.

Die Rückzahlung beginnt 6 bis 23 Monate nach dem Ende der Förderung und muss nach 25 Jahren beziehungsweise mit Erreichen des 67. Lebensjahres abgeschlossen sein. Das Risiko: Wer keinen oder einen nur schlecht bezahlten Job findet, läuft Gefahr, immer tiefer in die Schulden zu rutschen. Härtekláuseln gibt es für diese Fälle nicht.

Dieses Überschuldungsrisiko wird bei Bildungsfonds ausgeschlossen. Geförderte Studenten verpflichten sich, beim Eintritt ins Berufsleben über einen festgelegten Zeitraum einen bestimmten Prozentsatz ihres Bruttogehalts an den Fonds zu zahlen. Gängig sind hierbei vier bis zehn Prozent über vier bis acht Jahre. Kommen Arbeitslosigkeit oder Schwangerschaft dazwischen, werden die Zahlungen ausgesetzt und bei erneuter Erwerbstätigkeit zu einem erhöhten Prozentsatz fortgeführt. Dieses auch als „umgekehrter Generationenvertrag“ bekannte Modell geht auf den Nobelpreisträger Milton Friedman zurück. Unabhängig davon, ob das Geld aus einem Kredit oder einem Fonds stammt, erwartet Begünstigte jedoch bei Studienabbruch das böse Erwachen. Denn dann wird die Rückzahlung sofort fällig - ungeachtet der ursprünglich vorgesehenen Zahlungsstruktur.

## Was ein Monat „bio“ kostet

### **Grünen-Fraktionschef Anton Hofreiter will den Hartz-IV-Satz erhöhen, damit die Menschen mehr Bio-Lebensmittel kaufen und macht dabei einen Rechenfehler.**

Sechzehn Euro mehr will der Grünen-Abgeordnete Anton Hofreiter pro Monat für Hartz-IV-Empfänger durchsetzen. Davon sollen sich die Sozialhilfeempfänger Bio-Lebensmittel leisten können. Bisher sind von den 404 Euro Regelsatz etwa 142 Euro für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke vorgesehen. Als Begründung führt Hofreiter an, dass die Lebensmittelproduktion für nachhaltige Produkte teurer wird. Die unteren Einkommenschichten sollten da nicht vergessen werden.

Der Hartz-IV-Regelsatz wird auf der Grundlage der Ausgaben der untersten 20 Prozent der Einkommen von alleinstehenden Haushalten berechnet. Jedes Jahr Ende Juni wird neu bestimmt, inwieweit sich der Regelsatz zum Beginn des neuen Jahres verändern soll. Die gesamtwirtschaftliche Preisentwicklung spielt dabei eine entscheidende Rolle: Steigen die Preise stärker, wird der Hartz-IV-Regelsatz entsprechend erhöht.

Dass der Grünen-Abgeordnete Hofreiter eine Erhöhung der Sozialleistungen fordert, ist wenig überraschend. Ein Blick auf die Zahlen verdeutlicht jedoch: Sein Argument mit den Bio-Lebensmitteln ist kaum tragbar. Zum einen, weil Hartz-IV-Empfänger nicht die typische Zielgruppe für ökologisch produzierte Lebensmittel sind. Die „Bio-Schiene“ zielt auf postmaterialistisch eingestellte Gesellschaftsgruppen, die sich nicht um ihre Existenzgrundlage sorgen müssen, sondern nicht materialistischen Werten wie Prestige und Gesundheit mehr Bedeutung zumessen – und sich das auch leisten können. Sozialhilfeempfänger hingegen verfolgen in erster Linie ein stark materialistisches Ziel: Die Existenzsicherung.

Zum anderen wären sechzehn Euro mehr schlicht nicht ausreichend, um vom bisherigen Hartz-IV-Regelsatz von monatlich 404 Euro für alleinstehende Erwachsene auf Bio umzustellen. Noch gravierender würde der Vergleich selbstverständlich ausfallen, wenn die konventionellen Nahrungsmittel mit den Produkten aus dem Bioladen um die Ecke verglichen würden.

Der Griff zu Bio-Produkten ist also mit einer einfachen Erhöhung des Hartz-IV-Satzes um 16 Euro - oder 11 Prozent der bisherigen Lebensmittelausgaben - bei einer Preissteigerung von über 75 Prozent schlicht nicht zu finanzieren. Wollte der Grünen-Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter tatsächlich bewirken, dass Sozialhilfeempfänger mehr oder sogar nur Bio-Lebensmittel konsumieren, müsste er entweder Maßnahmen ergreifen, um den Verkauf der Produkte im Handel billiger zu machen. Oder der Hartz-IV-Satz müsste um 106,50 Euro erhöht werden - und davon ist die Politik weit entfernt.

## Integrationsarbeit: Jobs für Flüchtlinge

### **Flüchtlingen zu Jobs verhelfen und in den Arbeitsmarkt integrieren - das ist das Ziel privater Initiativen.**

Ali arbeitet in einer Pizzeria in Wien, seine Deutschkenntnisse verfeinert er bei einem Sprachkurs des Vereins Connection, außerdem will er die Matura machen. Ali ist vor einigen Jahren aus Pakistan nach Österreich gekommen, seine ersten Schritte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt hat er als Mitarbeiter des vom Verein Connection betriebenen Kaffeehauses getan - dieses soll Migranten und geflüchteten Menschen jene Berufserfahrung ermöglichen, die Voraussetzung dafür ist, auf dem Jobmarkt Fuß zu fassen.

Im "Café Connection" erhalten junge Menschen für jeweils sechs Monate diese Chance. Sie führen das Kaffeehaus selbst und tragen die volle Verantwortung für das Geschäft; sie kassieren selbst und rechnen die Tagesumsätze ab. "Es geht auch darum, Deutsch in einem realen Umfeld sprechen zu lernen", sagt Valerie Mühlenburg, Chefin des Vereins Connection. Seit dem Herbst betreibt dieser Verein zudem eine sogenannte Lernfabrik, in der neben Deutschkursen der Umgang mit Geld, die richtige Vorbereitung auf Lehrstellen und andere Aspekte des beruflichen und privaten Lebens in Österreich vermittelt werden. Fast alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter engagieren sich ehrenamtlich.

Die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt ist ein gleichermaßen wichtiges wie politisch heikles Thema - aus Angst davor, die falschen Reaktionen zu provozieren, wird nicht viel darüber gesprochen und generell wenig unternommen. Private Initiativen sind aus diesem Grund eine wertvolle Ergänzung zu den staatlichen Angeboten. Tatsächlich findet sich in Österreich eine Reihe solcher Projekte, die sich um eine bessere und langfristig stabile Integration geflüchteter Menschen in den Arbeitsmarkt kümmern.

Aber nicht nur als Angestellte oder Lehrlinge könnten Flüchtlinge in Österreich tätig werden - sie könnten selbst Unternehmen gründen. "Wir müssen dieses riesige Potenzial nützen", sagt Gabriele Tatzberger, Leiterin des Start-up-Services der österreichischen Wirtschaftsagentur.

Nicht nur an den kurzen Effekt denken, sondern jungen Flüchtlingen auf lange Sicht eine Perspektive geben: Dabei sei die Zusammenarbeit zwischen privaten Initiativen und öffentlichen Stellen wichtig. Aber besteht da nicht die Gefahr, dass sich österreichische Arbeitslose im Gegenzug benachteiligt fühlen, zumal sich bestimmte Parteien und Boulevardmedien auf jedes Flüchtlingsprojekt stürzen und auch hin und wieder Fakten gern verdrehen? Nicht nur aus karitativen Gründen engagieren sich Unternehmen bei Projekten wie diesen. Vielmehr sehen die Unternehmen die nüchterne Möglichkeit, den Pool an potenziellen Mitarbeitern zu erweitern, so in Bereichen, in denen ein Mangel an Arbeitskräften herrscht: In der Gastronomie zum Beispiel. Von solchen Projekten sollen also alle etwas haben: Flüchtlinge bekommen einen Job, der Staat neue Steuerzahler, die Unternehmen Arbeitskräfte.

## Sprung nach vorn

*In der Flüchtlingskrise riskiert Kanzlerin Merkel ihr Amt. Das macht große Politik aus.*

Zur Wahrheit dieser aufgewühlten Zeiten gehört, dass Angela Merkel versagt hat, sie hat es diese Woche erstaunlicherweise selbst öffentlich eingeräumt. Weil sie auf das Treiben unter  
5 der Berliner Käseglocke fixiert war und sich außenpolitisch auf Europa konzentriert hatte, waren ihr jahrelang die heraufziehenden Stürme entgangen, die die Mitte des Kontinents seit Kurzem mit voller Wucht treffen. Diese Kanzlerin glaubte, und mit ihr die große Mehrheit der Deutschen, dass die Kriege und Krisen der Welt nicht viel mit uns zu tun hätten, dass sie, in den Worten Merkels, "weit weg" lägen. Wenn etwas naiv war, dann das.

10 Die Globalisierung erleichtert nicht nur den Verkehr von Kapital und Waren, sondern auch von Menschen auf der Flucht. Dies nicht verstanden zu haben wird zur Bilanz von Merkels Kanzlerschaft gehören wie der dramatische Kurswechsel, den sie nun vollzogen hat. Ihre einsame Entscheidung vom 5. September, dem elenden Kleinmut in Europa ein Ende zu  
15 setzen und die Sonderzüge aus Ungarn rollen zu lassen, bleibt dessen ungeachtet kühn und richtig, auch wenn jetzt unschöne Konsequenzen spürbar werden. Die Öffnung der Grenzen war, um ein Schlüsselwort von Merkels Amtszeit zu gebrauchen, alternativlos. Denn was wäre die Alternative gewesen? Zuzuschauen, wie Österreich zur Sackgasse der Balkanroute wird? Zäune zu ziehen nach der Methode Orbán?

20 Angela Merkel hat sich anders entschieden und hatte dabei wiederum die große Mehrheit der Deutschen auf ihrer Seite, auch wenn nun das Gegenteil in anschwellender Lautstärke behauptet wird. Deutschland, als Gesellschaft, ist von dieser Kanzlerin nicht überfordert, sondern überrascht. Wer Merkel diese Woche in Straßburg reden hörte, wer sie bei "Anne  
25 Will" gesehen hat, hatte den Eindruck, eine verwandelte Frau zu erleben. Als wäre Merkel in diesen Wochen, nach zehn Jahren Amtszeit, zum ersten Mal Kanzlerin. Entscheiderin. Gestalterin.

30 Schon vergessen? Bis vor wenigen Monaten, auch noch während der Griechenlandkrise, war das Gefühl vorherrschend, Angela Merkel entwickle sich zu einer politischen Wiedergängerin ihres Vorgängers Helmut "Buddha" Kohl, der Politik als Kunst des Aussitzens verstand. Auch Merkel war auf dem Weg, sich als Deutschlands höchste Verwaltungsbeamtin misszuverstehen. Noch im Juli wurde ihr Kaltherzigkeit vorgeworfen, als es ihr nicht gelang,  
35 auf die Tränen eines Flüchtlingskinds empathisch zu reagieren.

40 Und nun? Sitzt da eine Politikerin, die ihre eigene Haltung mit Herz vertritt, deren Entscheidungen die Verhältnisse verändern; eine Frau, die die Gesellschaft aufmischt. Eine Frau auch, die nicht mehr ewig abwägt, sondern zupackt, weil sie den Mantel der Geschichte im Wind knattern hört, wie damals, als sie aus östlicher Richtung dabei zusehen durfte, wie  
45 die Mauer fiel, was schließlich auch ihr eigenes Leben auf den Kopf stellte. Nun zwingt Merkel das ganze Land in eine Verwandlung. Wem dabei mulmig wird, der muss sich nicht dafür schämen. Und wer auf Gefahren hinweist, hat ja recht: Es kommen härtere Tage. Die Integration so vieler Zuwanderer wird anstrengend, teuer, schwierig. In dieser Lage die Beschwörungsformel "Wir schaffen das!" ständig zu wiederholen genügt nicht.

*Der Spiegel, 10.10.15*

## Warum die "German Angst" berechtigt und klug ist

*Umfragen belegen, dass sich die Deutschen angesichts von Terror und Flüchtlingen große Sorgen um die Zukunft machen. Mit Hasenfüßigkeit hat das nichts zu tun. Aus Angst machen wir vieles richtig.*

5 Furcht und Zittern – ist das wirklich die Stimmung, mit der eine Mehrheit der Deutschen ins neue Jahr geht? Nach einer aktuellen Meinungsumfrage blicken rund 55 Prozent unserer Landsleute "angstvoll" in die Zukunft. "Tief verunsichert" seien die Deutschen, und große Zweifel hätte die Mehrheit an einer positiven Zukunft. No future, nirgends? Schon der Befund allein ist zum Schlottern: Ausgerechnet im Land mit einer robusten Ökonomie, geringer Arbeitslosigkeit, soliden Gehältern, mit einem ausgezeichneten Gesundheitssystem und einer  
10 Kanzlerin im Glanz weltweiter Bewunderung bibbert die Bevölkerung der Zukunft entgegen? Warum ist das so?

Zuerst die gute Nachricht: Um sich vor der Zukunft so richtig zu fürchten, muss man auch eine Menge zu verlieren haben. Wer keinen Besitzstand hat (oder wenigstens die Chance darauf), der kann auch nicht enttäuscht werden. Die klinische Psychologie lehrt, dass sich  
15 beispielsweise Clochards – anders als Milliardäre – so gut wie nie umbringen und in bettelarmen Ländern meist eine überraschend heitere Stimmung herrscht. Und in der Tat – die Deutschen haben ja auch eine ganze Menge zu verlieren. Lothar Späths geflügeltes Wort vom "Jammern auf hohem Niveau" hat durchaus seine Berechtigung. Wer auf der Skala weit oben steht, für den kann es in rauen Zeiten eher schlimmer kommen. Wenn sich die Deutschen also  
20 beim Flüchtlingszustrom um ihre Identität sorgen, wenn sie sich ängstigen vor einsickernden Terroristen, vor möglichen Überlastungen des Sozialstaates oder fürchten vor wachsender internationaler Isolation durch Merkels Willkommenspolitik, wenn Menschen bei Nullzinsen ihrer Altersversorgung Lebewohl sagen und das Rentenalter hinterm Daseinshorizont verschwinden sehen – dann sind die vielen tausend anonymen Versuchskaninchen der  
25 Demoskopie womöglich bessere Strategen als der gesamte CDU-Jubelparteitag von Karlsruhe.

Schauen wir genauer hin: "German Angst" ist ein abfälliger Kampfbegriff, den amerikanische Konservative prägten, als sich unter Gerhard Schröder die Deutschen nach 2001 von George W. Bushs törichter Invasion im Irak fernhielten. Die Deutschen, so hieß es damals in  
30 Washington, sind nach vielen Jahren Aufarbeitung ihrer Kriegsverbrechen pazifistische Memmen geworden, mit denen in Kriegszeiten sowieso nichts anzufangen ist – unsichere Kantonisten und politische Angsthasen eben. Doch genau mit dieser Zurückhaltung sind die Deutschen moralisch wie politisch im Irak wahrlich nicht schlecht gefahren.

In Frankreich, jetzt Mutterland des historischen Klimakompromisses, machte man sich  
35 jahrelang über die ökologischen Phobien der Nachbarn lustig. Heute versucht die ganze verunsicherte Welt, Abgase und damit die Erderwärmung zu stoppen. Ohne Sorge um kommende Generationen, ohne Zukunftsangst vor Süßwasserknappheit und dem Absaufen im steigenden Ozean hätte wohl niemand Windräder oder Sonnenkollektoren entwickelt. Angst, von der es gerne heißt, sie sei ein schlechter Ratgeber, ist hier eine simple Frage  
40 vorausschauender Vernunft. Ist es nicht gerade diese typisch deutsche Dauerbesorgtheit, die uns weit über Europa hinaus zu Vorreitern ökologischer Technologie werden ließ?

## Abgrenzen statt annähern

*Vor einigen Wochen kritisierte Laura Díaz die Entscheidung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, die AfD vom Katholikentag auszuschließen. Nun antwortet Andreas Püttman und sagt: Die Kirche darf den Rechtspopulisten keine Plattform bieten. Ein Kommentar.*

- 5 Spätestens seit die liberal-konservative Strömung der AfD die Partei nach der Abwahl von Bernd Lucke größtenteils verlassen hat und Mitgründer Hans-Olaf Henkel feststellte, man habe "ein Monster geboren", scheiden sich in christlichen Kreisen die Geister: Da gibt es die Minderheit chronisch CDU-frustrierter Rechtsgläubiger, die sich durch das AfD-Ordnungsideal – traditionelle Familie, kulturell-religiöse Homogenität – endlich von ihrer politischen Heimatlosigkeit erlöst sehen. Sie könnten zu Stammwählern dieser Partei werden. Wer sich als Christ nicht von Gewaltfantasien gegen Flüchtlinge und demokratische Politiker, von Rassismus, Affinitäten zu Putin-Russland und antikirchlicher Polemik abschrecken lässt, passt auch besser in die neue rechtsautoritäre Polit-Großsekte als in die Gemeinde der Jünger Jesu Christi.
- 10
- 15 Die christliche Hauptströmung beider großer Konfessionen hat dagegen erkannt, was die "Gesellschaft Katholischer Publizisten" in die drastischen Worte fasste, zwischen AfD und Christentum verlaufe ein "unüberbrückbarer Graben"– oder wie CDU-Generalsekretär Peter Tauber sagte: "Das C setzt uns eine ganz klare Grenze nach rechts." Solche Positionierungen wurden bestärkt durch bischöfliche Mahnungen sowie die Weigerung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), der AfD ein Podium auf dem Katholikentag zu bieten, um sie nicht christlich salonfähig zu machen. Regelmäßig findet die AfD – wie andere radikale Parteien – bei Kirchenmitgliedern unterdurchschnittlich Zustimmung. Gegen den strikten Abgrenzungskurs gegenüber der AfD wendet sich eine dritte Gruppe, die ideologisch zwar nicht rechts, aber von dem Optimismus beseelt ist, man könne und müsse ohne
- 20
- 25 "Ausgrenzungen" in einen Dialog mit der AfD eintreten. So sei deren ideologischer Furor zu mäßigen oder zu "entzaubern". [...]
- Angesichts der Stabilität der AfD in der Wählergunst trotz aller internen Querelen und verbalen Entgleisungen wird man einsehen müssen: Diese Partei mag von vielen nur aus Protest gewählt werden, von vielen anderen aber nicht trotz, sondern wegen ihrer Radikalität. Ihrer Agitation den Wind aus den Segeln nehmen zu wollen, indem man ihr neue Räume eröffnet, ist widersinnig. Öffentlich-rechtliche Sender mögen ihr ein Podium zugestehen – eine Kirche muss das nicht! Ihr Auftrag ist nicht, jederzeit das Gespräch aller mit allen zu organisieren, sondern Zeugnis zu geben und Leitplanken zu setzen. Ihr Bekenntnis kann auch in strikter Abgrenzung bestehen, in "Auseinandersetzung" im wörtlichsten Sinn.
- 30
- 35 Die Relativisten finden das AfD-Programm zwar überwiegend falsch, aber nicht wirklich gefährlich. Manches finden sie sogar diskutabel, etwa die Islamkritik. Sie fühlen sich nonkonform, unparteiisch und differenziert. Sie vergleichen AfD, Pegida und Neue Rechte gern mit den Grünen, die sich doch gemäßigt und ins demokratische Spektrum eingefügt hätten. Sie verkennen, dass die Öko-Partei, trotz linksradikaler Einsprengsel in der Frühzeit, im Kern einer antiautoritären, liberal-demokratischen Tradition zuzurechnen ist, in die sie parlamentarisch denn auch bald hineinfanden.
- 40

## Helmut Schmidt : Der Mann, der sagte, was er dachte

Oft waren gerade die begeistert von Helmut Schmidt, die seine Kanzlerschaft nicht mehr erlebt haben. Für sie war Helmut Schmidt ein Mann, der sagte, was er dachte – ohne  
5 Rücksicht darauf zu nehmen, ob das irgendjemandem gefiel.

Als Helmut Schmidt am 1. Oktober 1982 als Kanzler gestürzt wurde, war ich gerade mal drei Jahre alt. Ich habe nicht miterlebt, wie der Sozialdemokrat den Terroristen der RAF die Stirn bot. Und natürlich erst recht nicht, wie er als Hamburger Innensenator bei der Sturmflut 1962  
10 dem Großeinsatz von Rettungsdiensten und Katastrophenschutz koordinierte. Kurz : Ich kenne das aktive politische Leben dieses Mannes nur aus Büchern und aus dem Fernsehen. Trotzdem ist Helmut Schmidt für mich und für viele andere aus meiner Generation ein Mann gewesen, den wir bewundert haben. Ja, dem wir große Sympathie und Achtung schenkten. Und dessen Tod uns berührt. Er war eine großväterliche Figur für uns – nur, dass er mit 96  
15 Jahren älter wurde als die meisten unserer Großeltern. Woher kommt diese enge Bindung ? Eine mögliche Erklärung ist : Für uns, die wir unsere ganze Kindheit hindurch keinen anderen Kanzler als Helmut Kohl (CDU) erlebten, waren die Erzählungen der Eltern über den älteren Helmut immerhin ein Hinweis darauf, dass es einmal einen anderen Kanzler gegeben haben musste. Darauf, dass Politik nicht immer so bleiern gewesen sein mag, wie sie einem Kind der  
20 Kohl-Jahre, das sich nicht zur Jungen Union hingezogen fühlt, gelegentlich vorkam – egal, ob das dem Kanzler der Einheit gegenüber fair war oder nicht.

Doch die ganz große Faszination für Helmut Schmidt – bei jungen und auch vielen älteren Menschen – ist ja in der Tat erst ein Produkt der vergangenen Jahre. Und sie hat damit zu tun, dass es sich bei Schmidt, mit Verlaub<sup>1</sup> und mit größtem Respekt, um einen richtig coolen Typ  
25 gehandelt hat. Um einen, der auch als über 90-Jähriger nicht auf seine Menthol-Zigaretten verzichtet hat, so ungesund sie auch sein mögen. Der sich nicht mehr an ein Rauchverbot in öffentlichen Gebäuden gewöhnt hat, auch wenn das Verbot an sich noch so sinnvoll ist. Und um einen, der seine Meinung gesagt hat.

Und was für eine ! Wenn mein konservativer Geschichtslehrer oder auch ein Unidozent jene  
30 Politiker, die in China die Verletzung der Menschenrechte ansprachen, so kritisiert hätte, wie Helmut Schmidt es bisweilen getan hat – ich hätte aufs Schärfste protestiert. Vielleicht hätte ich sogar eine Protestaktion organisiert. Wenn Helmut Schmidt etwas gesagt hat, was mir völlig gegen den Strich ging, habe ich darüber nachgedacht, ob ein Funke Wahrheit darin steckt. So, wie es einen jungen Menschen irritieren mag, wenn der Großvater sagt : “Hör mal,  
35 die Freundin, die passt nicht zu dir.” Natürlich richtet man sich nicht danach. Aber man denkt darüber nach, weil es jemand mit Lebenserfahrung sagt. Schmidt wurde zu einem Unabhängigen mit eigenen Regeln – in einem Land, das sich immer mehr Regeln gab. Und beides galt umso mehr, je älter er wurde.

Helmut Schmidt hat mehr als nur einmal gesagt, wer so alt werde wie er, gewöhne sich daran,  
40 dass Schmerzen zum Alltag dazu gehörten. Wer ihn in den vergangenen Jahren immer mal wieder im Fernsehen gesehen hat – mit geschwächtem Körper, aber klugem Kopf -, der glaubt das sofort. Danke, Helmut Schmidt, dass Sie so lange geblieben sind.

---

<sup>1</sup> mit Verlaub : avec votre permission, sauf votre respect

## Das Monstrum

Zeitgeschichte. *Erstmals seit 1945 erscheint Hitlers « Mein Kampf » wieder in Deutschland. Mit einer kritischen Ausgabe wollen Historiker den Nazi-Bestseller “den Zünder rausdrehen”<sup>1</sup>. Aber lässt sich das gefährlichste Buch der Welt überhaupt entschärfen ?*

Dieses verfluchte Buch ! Der Minister braucht erst mal etwas Scharfes. Ludwig Spaenle greift zur Tabascoflasche, schüttet eine größere Menge in das Glas Gemüsesaft vor ihm und nimmt einen kräftigen Schluck. “Mein Kampf ?” Ja, das sei schon eine ganz besondere Geschichte.

10 Ursprünglich habe er die Edition des Hitler-Buchs begrüßt, der Landtag habe sogar 500000 Euro für das Projekt des Münchner Instituts für Zeitgeschichte bewilligt. Aber dann sei er mit dem bayrischen Ministerpräsidenten im September 2012 nach Israel gefahren. Und danach habe man eben die Meinung geändert. Punkt. [...] Was in Jerusalem passiert ist ? Tja, die Opferverbände, die israelischen Minister, viele Gespräche. Und dann habe man gewusst : Das

15 geht gar nicht. Eine neue Ausgabe von “Mein Kampf” mit dem bayerischen Staatswappen vorne drauf, das hätte in Israel niemand verstanden. [...]

Nun, gut zwei Jahre später, wird die Edition des IfZ tatsächlich veröffentlicht. Die ersten Exemplare des zweibändigen, insgesamt 1948 Seiten starken Werks werden in diesen Tagen an den Buchhandel ausgeliefert : der komplette Originaltext von “Mein Kampf”, dazu mehr

20 als 3500 kluge Anmerkungen – nur das bayerische Staatswappen auf dem grauen Einband fehlt. Und um jeden Verdacht eines kommerziellen Interesses zu entkräften, erscheint die Edition im Selbstverlag des Instituts für Zeitgeschichte.

Dennoch stößt das Projekt auch in der wissenschaftlichen Welt auf Bedenken. Der Berliner Antisemitismus-Forscher Wolfgang Benz konnte sich keinen Erkenntnisgewinn vorstellen,

25 der Londoner Germanist Jeremy Adler wollte die Edition sogar noch am Donnerstag dieser Woche stoppen. Andernfalls, so empörte er sich in der “Süddeutschen Zeitung”, würde “ein erbärmliches Machwerk<sup>2</sup> eine Dignität erlangen, wie wir sie Homer und Platon, Bibel und Talmud zuordnen.”

[...] Tatsächlich ist diese Edition eines der wichtigsten Werke der Hitler-Forschung seit

30 Jahren. Sie wird die Fachkollegen überzeugen und den historisch interessierten Laien eine Menge neuer Erkenntnisse vermitteln. [...] “Mein Kampf” wird seit 90 Jahren als Schlüsselwerk des Nationalsozialismus gehandelt und darf damit, in Anbetracht seiner Konsequenzen, als das gefährlichste Buch der Welt gelten : Erst beim Schreiben entstand bei Hitler der Glaube an die eigenen Auserwähltheit ; das Buch sollte diese Botschaft seinen

35 Anhängern vermitteln. “Mein Kampf”, meint der Historiker Ian Kershaw, legte bereits “den Grundstein für den Führer-Mythos”. [...]

Aber wie gefährlich ist “Mein Kampf” heute wirklich ? Werden die Pegida-Leute hier neuen Stoff für ihre Hetze finden ? Wird ein Ausländerfeind wie der AfD-Mann Björn Höcke seinen biologischen Rassismus (“Unsere Substanz wird aufgezehrt<sup>3</sup> in allen Bereichen”) in Zukunft mit “Mein Kampf” begründen ? Werden sich Deutschlands latente Antisemiten – nach

40 Umfragen etwa 20 Prozent der Bevölkerung – ab sofort auf Hitlers Buch berufen ?

<sup>1</sup> désamorcer (ici).

<sup>2</sup> das Machwerk (*péj*) : ouvrage minable, abject, ignoble.

<sup>3</sup> aufzehren : (s') épuiser, (se) consumer.

Die Herausgeber der neuen Ausgabe sehen durchaus die Risiken. Er wolle nicht ausschließen, sagt IfZ-Chef Andreas Wirsching, "dass Ausschnitte aus 'Mein Kampf' heute noch für rechtsradikales Denken instrumentalisierbar" seien. Wirsching verweist auf die  
45 "Stellungnahme zur Frage der Wesensverwandtschaft von NPD und historischem Nationalsozialismus", die sein Institut für das neue NPD-Verbotsverfahren in Karlsruhe vorgelegt habe. Offenbar haben sich die neuen Rechten immer wieder bei Hitlers Buch bedient, etwa wenn es um die Legitimierung politischer Gewalt geht oder um den Mythos des "jüdischen Weltherrschaftsstrebens".

50 Damit könnte in diesem Frühjahr das Paradox eintreten, dass die NPD verboten wird, ihr ideologisches Fundament hingegen so viel Verbreitung findet wie seit 1945 nicht mehr. Wirsching verteidigt das Projekt seines Instituts. Die Angst, "im Umgang mit Hitlers Hinterlassenschaft moralisch falsch zu handeln oder politische Fehler zu machen", das Buch also weiterhin totzuschweigen, fördere nur dessen Tabuisierung. "Mein Kampf" besitze einen  
55 "eminenten Quellenwert für die Geschichte des Unheils". Kein Werk sage mehr über die Wahnwelt Adolf Hitlers aus.

## Österreich schottet sich ab: Gegen die Zukunft Spiegel, 28.04.2016 ; Von Hans-Jürgen Schlamp

5 Ein Metallzaun, 250 Meter lang, bei Bedarf auf 370 Meter zu verlängern, soll Österreich demnächst besser schützen. Vor Flüchtlingen, die aus Italien über die Brennerautobahn oder die gleich daneben laufende Staatsstraße ins Alpenparadies kommen wollen. Die Pfosten werden schon eingesetzt, das Metallnetz wird immer dann eingehängt, wenn Migrantenzuzug droht. Das geht ganz schnell, sagt der zuständige Chef der Tiroler Polizei, Helmut Tomac.

Mehr als 37.500 Asylsuchende will Österreich in diesem Jahr nicht ins Land lassen. [...] 10 Deshalb sollen die Überzähligen direkt am Brennerpass in zweistöckigen Containern gezählt, befragt und, wenn das Kontingent erreicht ist, nach Italien zurückgeschickt werden. Viel Polizei und womöglich auch Militär sei dafür nötig, Staus und Wartezeiten für alle Reisenden auf der Strecke seien natürlich "unvermeidlich", sagt Polizeichef Tomac. Doch wenn die Italiener den Österreichern hülfe und, zum Beispiel, Kontrollen schon auf 15 italienischem Gebiet zuließen, werde man das neue Grenzmanagement schon in den Griff kriegen.

Die Italiener wollen aber gar nicht helfen. Sie wollen den Nachbarn in Brüssel bei der EU verklagen. Den Brenner zu schließen sei "eine unverschämte Verletzung der EU-Regeln", empört sich Roms Regierungschef Matteo Renzi. Eine Aktion "gegen die Geschichte, gegen 20 die Logik und gegen die Zukunft" sei das. Natürlich werde man keine Kontrollen der Österreicher in Italien zulassen. Aus Brüssel ließ die EU-Kommission verlautbaren, man sei über die Wiener Pläne "ernsthaft besorgt".

Am Donnerstag traf Italiens Innenminister Angelino Alfano in Rom seinen österreichischen Amtskollegen Wolfgang Sobotka, um ihn "von der Unvernunft" der Pläne zu überzeugen. 25 Das gelang natürlich nicht. Denn die sozialdemokratisch-konservative Allianz, die in Wien regiert, will ihre Grenze ja vor allem deshalb gegen zu viele Migranten abriegeln, weil sie Angst hat, dass die mächtig erstarkten Rechtspopulisten sie ansonsten demnächst aus dem Amt jagen.

Das Ergebnis des Treffens war entsprechend dürftig. Wenn es Italien gelinge, einen 30 Flüchtlingstreck zum Brenner zu verhindern, dann werde Österreich die Grenze auch nicht schließen - das verkündete Innenminister Alfano als Verhandlungserfolg.

### Zurück zu Schlagbaum und Stacheldraht

Der Zaun am Brenner ist nicht der erste, vermutlich wird er auch nicht der letzte Drahtverhau sein, mit dem Europa sich Stück um Stück wieder separiert. Ungarn hat sich 35 schon voriges Jahr mit Stacheldraht gegen Menschen auf der Flucht abgesichert, Slowenien baut ein Grenzbollwerk, Bulgarien will bis zum Sommer eingefriedet sein. Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn haben sich zusammengesetzt, um vereint Migrantentrecks aus Griechenland abzuwehren. Gegen die "illegale Wirtschaftsmigration" sei das gerichtet, sagt der tschechische Ministerpräsident Bohuslav Sobotka. Als ob nicht aus 40 ebenjenen osteuropäischen EU-Staaten zigtausende Menschen, legal und illegal, nach Westeuropa zum Arbeiten gewandert wären und noch immer wanderten.

Auch Deutschland hat, schon bald nachdem die Willkommensofferten von Kanzlerin Angela Merkel verklungen waren, wieder Grenzkontrollen an seiner Südgrenze eingeführt. Und

45 stillschweigend ist mancher in Berlin und München gewiss ganz froh, wenn Wien den Zuzug aus dem Süden abbremst.

Frankreich hat voriges Jahr die Türen zu Italien für unerwünschte Flüchtlinge dichtgemacht. Hunderte Menschen harrten bei Ventimiglia bei Regen und Kälte auf den Klippen aus, bis die italienische Polizei sie gewaltsam wegschaffte.[...]

#### **Brenner-Pass: Ein Symbol wird abgeräumt**

50 Europa grenzt sich wieder ab, baut Zäune. Das, was jetzt am Brennerpass geschieht, ist ein Fanal. Die Freiheit, sich in weiten Teilen Europas unbegrenzt bewegen zu dürfen, wird eingehegt. Die Populisten haben, so wie es jetzt aussieht, gewonnen - und treiben linke und konservative Regierungen vor sich her.

55 Die bislang unkontrollierte Passage über die Alpen war ein Symbol für den Zeitenwechsel, als die Grenzer 1997 abzogen. [...] Der Großraum Tirol-Südtirol-Trentino wurde das erfolgreichste Projekt grenzüberschreitender Wirtschaftskooperation. Die geplanten Zäune könnten das Symbol einer neuen, anderen Zeit werden. In der wieder Stacheldraht europäische Grenzen markiert.

60 Für den Hausgebrauch, etwa zur Umschließung von Pferdeweiden, ist Stacheldraht übrigens verboten. Nach § 2 Nr. 1 des Tierschutzgesetzes. Das ist vernünftig. Die Tiere könnten sich ja daran verletzen.

## Unsere Grünen von rechts

2.2.2016, SpiegelOnline, Jan Fleischhauer

- Jetzt sind also alle entsetzt. "Spitzenpolitiker entsetzt über Waffeneinsatz-Äußerungen", hieß es auf SPIEGEL ONLINE. Bei der "Süddeutschen Zeitung" schaffte es das "Entsetzen" bis in die Schlagzeile. Nachdem Entsetzensexperten wie Katrin Göring-Eckardt nach dem ersten Schock die Sprache wiedergefunden hatten, fielen weitere Wörter: "Inhuman", "verroht",
- 5 "antidemokratisch", "zutiefst rassistisch", "diskriminierend", "menschenverachtend".
- Der arme Boris Palmer. Man müsse die EU-Außengrenze schließen, notfalls bewaffnet, hatte der Tübinger Oberbürgermeister dem schwäbischen "Tagblatt" gesagt. Das war zugegeben missverständlich. Als Grüner sollte man seine Worte besser wägen. Aber rechtfertigt das so einen Entrüstungssturm?
- 10 Sorry, jetzt ist mir in der Aufregung glatt der falsche Satz in den Text gerutscht. Frauke Petry war aktuell diejenige mit der Schusswaffe. Der Satz von Palmer ist schon ein paar Wochen alt. Er hat sich inzwischen dafür entschuldigt, dass man ihn so verstehen konnte, als wolle er auf Flüchtlinge schießen lassen.
- "Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen", hatte Petry am Wochenende in einem
- 15 Interview gesagt. "Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt." Entscheidend sei, dass es nicht so weit komme und der Flüchtlingsandrang über Kontrollen an der EU-Außengrenze gebremst werde. Irgendwie ähnlich wie Palmer, aber da es sich um die Vorsitzende der AfD und nicht um einen bekannten Grünen handelt, natürlich ganz anders.
- 20 Wenn das Presseecho nicht trügt, sind wir wieder einen Schritt weiter Richtung Weimar gerutscht. Oder Richtung Faschismus. Oder gleich 1933. Jedenfalls wäre das Land nicht mehr dasselbe, wenn es der AfD tatsächlich gelingen sollte, nach Brandenburg, Hamburg und Sachsen auch in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg zu reüssieren. Darin ist sich die kommentierende Klasse nahezu einig.
- 25 **Partei Gründungen sind oft eine chaotische Angelegenheit**
- [...] Es gibt eine Reihe von Parallelen zwischen den Grünen und der AfD. Die Grünen gefielen sich wie die AfD in der Rolle, Kämpfer gegen das Establishment zu sein. Auch die Grünen beherbergten am Anfang alle möglichen seltsamen Gestalten: Neben Kapitalismuskritikern und Atomgegnern fanden sich in ihren Reihen aggressive
- 30 Lebensschützer, rechte Biobauern und Blut-und-Boden-Esoteriker, die von einer okkulten Neubesiedelung der deutschen Scholle träumten. Es brauchte ein Jahrzehnt, bis die Irren und Wirren wieder verschwunden waren. Mit den Irren und den Wirren kommen auch irre und wirre Ideen. Was bei der AfD die Ausflüge in die Rassenkunde sind, das waren bei den Grünen die Vorstellungen zum Sex mit Kindern. [...]
- 35 Die SPD-Führung will der Konkurrenz von rechts nun den Verfassungsschutz auf den Hals hetzen. Sie setzt darauf, dass es den einen oder anderen Wähler abschreckt, wenn er hört, in welcher Umgebung er sich bewegt. Mag sein, dass die Rechnung aufgeht, ich habe da eher Zweifel. Der Vorschlag wäre in jedem Fall glaubhafter, wenn die SPD ähnlich allergisch reagieren würde, wenn es um die Irrlichter am linken Rand geht.

40 **Man kann sich die Verfassungsfeinde nicht nach politischer Opportunität aussuchen**  
Natürlich ist Beatrix von Storch<sup>1</sup> nur partiell zurechnungsfähig. Um das zu erkennen, reicht  
ein Blick in die flackernden Augen, wenn sie darüber nachdenkt, ob die Kanzlerin bald vor  
dem Volkszorn ins chilenische Exil flüchten muss. Die Beatrix von Storch der Linkspartei  
heißt Sahra Wagenknecht. Wer den bundeswehrgestützten Einsatz gegen den "Islamischen  
45 Staat" mit dem Terror der Dschihadisten gleichsetzt, verdient meines Erachtens wie Frau von  
Storch keine Entgegnung mehr, sondern nur noch Kopfschütteln.  
Man kann sich die Verfassungsfeinde nicht nach politischer Opportunität aussuchen. Dass  
Teile der Linkspartei das demokratische System in seiner jetzigen Form lieber heute als  
morgen überwinden würden, steht außer Zweifel (ganz abgesehen davon, dass keine Partei so  
50 viele Grenzschrützer in ihren Reihen hat, die in ihrer aktiven Zeit über den Schießbefehl nicht  
nur geredet haben). Komischerweise hat das bei der SPD nie jemanden gehindert, über alle  
Transgressionen hinwegzusehen, wenn die Koalitionsarithmetik das verlangte.[...]

---

<sup>1</sup> AfD-Politikerin.

## Flüchtlinge und deutsche Frauen: Eine Armlänge Unsicherheit SPIEGEL ONLINE, 19.04.2016

20 junge Afghanen sitzen in einem Haus auf dem norddeutschen Land zwischen Pferdeweiden und Äckern. Sie sitzen im Esszimmer auf Stühlen mit dünnen Metallbeinen. Die Stühle haben sie zu einem Ei zusammengeschoben, für einen Kreis ist es zu eng. Sie sind dunkelhaarig, dunkeläugig, männlich, alleinstehend.

5 Sie machen manchen Deutschen Angst.

Wegen dieser Angst sitzt vor den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die in einem ehemaligen Seniorenheim in Klein Hansdorf, Schleswig-Holstein, untergekommen sind, die Polizei. Petra Gegner, 48, und ein Kollege, Kriminalinspektion Bad Oldesloe, wollen die Jugendlichen aufklären, wie man mit deutschen Frauen umgeht.

10 **"Die Bevölkerung reagiert sehr empfindlich"**

"Ihr habt sicherlich mitbekommen", sagt Petra Gegner bedächtig, die Stirn gerunzelt, die Hände über ihrem Klemmbrett gefaltet, "dass sich die Einstellung zu Flüchtlingen in der Öffentlichkeit ein bisschen geändert hat." Sie macht eine Pause für den Übersetzer. Die Jugendlichen lauschen ernst, die Arme eng am Körper.

15 Gegner sagt: "Die Bevölkerung reagiert sehr empfindlich auf das Thema Flüchtlinge. Jeder einzelne von euch trägt mit seinem Verhalten dazu bei, diese Furcht zu verstärken oder zu nehmen." Die Flüchtlinge nicken nicht, sie sagen nichts, sie hören nur zu.

Die Polizei ist nicht hier, weil es in ihrem Revier ein Problem mit jungen, männlichen Afghanen gibt. "Wir beobachten überhaupt keine Unterschiede zwischen deutschen Jugendlichen und jungen Flüchtlingen", sagt Gegner. Sie ist hier, weil sie unter Druck steht. Im Januar erließ das Amtsgericht in Ahrensburg Haftbefehl gegen einen 17-Jährigen aus Eritrea, der versucht haben soll, eine 18-Jährige in einem Parkhaus zu vergewaltigen. Hinzu kam ein halbes Dutzend Anzeigen gegen afghanische Jugendliche in Bad Oldesloe wegen sexueller Beleidigung.

25 Solche Vorfälle gehören eigentlich zum Polizeialltag. Gegner: "Daran ist nichts auffällig."

### **Der Ministerpräsident informierte persönlich**

Aber da sei eben die "politische Brisanz", sagt Gegner. Die versuchte Vergewaltigung war sogar Thema im Kieler Landtag. Ministerpräsident Torsten Albig informierte die Abgeordneten persönlich über den "Straftäter, der sich auf die übelste Art und Weise gegen unsere Werte und gegen das Recht dieser jungen Frau, unbehelligt ihr Leben zu leben, gestellt hat".

Daraufhin begann die Kriminalinspektion, Vorträge zu halten. Fünf einstündige "Präventionskurse" vor insgesamt 80 minderjährigen, männlichen Flüchtlingen. "Es ist ja eigentlich gar nicht unbedingt meine Aufgabe, diese Gespräche zu führen", sagt Gegner.

35 Sie tut es trotzdem, und sie tut es, so gut sie kann. Ihre Worte klingen ein bisschen mütterlich und ein bisschen unbeholfen, wenn sie sagt: "Es kann sein, dass ihr vorher geschmust habt. Aber in dem Moment, wo das Mädchen stopp sagt, ist es ganz wichtig, dass ihr dann auch aufhört." Die Jugendlichen lauschen in Kapuzenpullis, Jeans, Jogginghosen. [...]

40 Aber es gibt auch andere Geschichten: In Kiel kam gerade heraus, dass die Polizei Falsches kommunizierte, als es um mutmaßlich "massive sexuelle Belästigung" in einem

Einkaufszentrum ging. Zwei junge Afghanen filmten ihre Opfer, drei Mädchen, angeblich mit dem Handy, ein Mob aufdringlicher Migranten schaute angeblich zu. Doch es gab gar keinen Mob - und keine Handybilder.

45 **Kaum denkbar, dass sie sich ausprobieren**

Gegner weiß, dass ihr Vortrag eine Gratwanderung ist. Die Jugendlichen sollen sich nicht fühlen, als stünden sie unter Generalverdacht. Sie sollen sensibilisiert werden, aber nicht verunsichert. Sie sollen Frauen respektieren, aber nicht meiden.

50 Nach dem Vortrag sagt Noorullah, 17, aus Kabul, nur halb im Scherz: "Wenn wir ein Mädchen sehen, laufen wir ab jetzt schnell weg." Gegner schaut ihn an und seufzt: "Nein, so soll es ja auch nicht sein." [...]

**"Ich möchte mich auf die Schule konzentrieren"**

55 Doch Noorullah und Omid halten Abstand. "Es gibt ein Mädchen, dem ich manchmal im Bus begegne", sagt Noorullah mit dem kantigen Kinn und den ernsten Augen. "Ich weiß, dass sie mich mag." Er respektiere sie und unterhalte sich gern mit ihr. Aber mehr möchte er nicht. Er fühle sich unsicher.

Omid hätte auch schon eine Freundin haben können. "Ein Mädchen aus der Schule hat mir gesagt, dass sie mich liebt", erzählt er leise, die Augen verborgen hinter einem buschigen Pony. Doch er wollte keine Beziehung. "Ich möchte mich auf die Schule konzentrieren." [...]

## Sie meinen uns !

*Gut, dass die Bundesregierung so klug gehaushaltet hat. Jetzt kann sie das Geld sinnvoll ausgeben – für die neuen Mitbürger.*

5

Sie rufen « Germany ! Germany ! » oder « Deutschland ! » - die Flüchtlinge am Budapester Ostbahnhof haben ihr Leben riskiert und Qualen auf sich genommen, um ihr Sehnsuchtsland zu erreichen, oft auch viel Geld bezahlt, manchmal die langjährigen Ersparnisse der gesamten Verwandtschaft.

10 Sie meinen uns. Dass sie uns rufen, ist ergreifend. Und macht schaudern. So ein hoher Anspruch !

Etwas wie diese Massenflucht nach Deutschland hat es noch nie gegeben. Es existiert keine historische Parallele. Pessimisten erinnern zwar vielsagenden Blicks an die Völkerwanderung, die bis in die Spätantike dauerte und zum Fall Roms beigetragen haben soll. Aber die

15 Völkerwanderung war in Wahrheit gar keine, sie bestand aus Eroberungsfeldzügen. Mit der jetzigen Flucht hat sie nichts gemein. Optimisten wiederum führen die zwölf Millionen Vertriebenen an, die nach dem Zweiten Weltkrieg hier ankamen. Ja, sie konnten aufgenommen werden. Aber sie standen den Alteingesessenen auch kulturell nahe. Nicht so die heutigen Einwanderer. Doch auch sie werden bald zu Millionen kommen – und sie werden  
20 bleiben.

Andere große Migrationen der Weltgeschichte taugen ebenso wenig zum Vergleich. Sie waren meist ein gewollter Zustrom von Glückssuchern, Pionieren, Arbeitskräften. Die heutigen Flüchtlinge hingegen hat niemand gerufen, die Not hat sie vertrieben. Oft sind sie traumatisiert, manche einfach körperlich oder seelisch kaputt. Und nun leben sie unter uns.

25 Die meisten Deutschen haben in den Flüchtlingen trotz ihrer Fremdheit zuallererst sich selbst erkannt, nämlich als verletzte Menschen. Das war das Ereignis des Sommers. Aber hat Deutschland schon in vollem Umfang begriffen, welches Glück ihm gerade selbst widerfährt ? Mehr Glück als Verstand, möchte man sagen : Jahrzehntlang hat es darüber hin und her  
30 gegrübelt, ob es seine Altersstruktur durch Einwanderung verändern solle. Vergreist oder multikulti, dazwischen mochte es sich nicht entscheiden, außerdem gab es ja stets dringlicheres Krisengeschehen zu bearbeiten. Nun hat die Geschichte dem Land die Entscheidung abgenommen. Deutschland wird sich bald verjüngt und ethnisch bunter wiederfinden als je zuvor.

Das wird nicht bloß lustig. Sind die Neuankömmlinge erst einmal frisch versorgt, werden sie  
35 bald zu Mitschülern, Kollegen, Konkurrenten, Nachbarn, Verkehrsteilnehmern, Erziehern oder Delinquenten ; und etliche bringen neben Lebensgewohnheiten, die Reibereien erzeugen werden, allerlei Unerfreuliches mit – Antisemitismus, Patriarchat, Schwulenhass. Auch in diesen Dingen haben die Deutschen ihre Einstellung in jüngster Zeit verändert, Konflikte sind unvermeidlich.

40 Kurz : Ein Experiment hat begonnen, das Deutschland tiefgreifender verändern wird als die Wiedervereinigung. Vor uns liegt unbekanntes Gelände.

Da trifft es sich, dass die Deutschen mittlerweile mit sich im Reinen sind. Aus den Berichten über die Flüchtlingshilfe spricht zu Recht ein gewisser Stolz. Vorbei ist der Dauerverdacht, unter den sich die Deutschen – wohlweislich – selbst gestellt hatten. Die eigene Zivilisierung

45 nach 1945 ist selbstverständlich geworden. Und man schämt sich für den Mob, der nichts begriffen hat.

So beeindruckend die Bürger reagiert haben, so wenig war allerdings die Politik bisher auf der Höhe. Ihr ist spät eingefallen, was alles organisiert, gebaut, umverteilt, neu geregelt und gedacht werden muss. Nicht irgendwann, sondern sofort. Der Zustrom hält an, bald ist Winter, 50 und wenn die Flüchtlinge bis dahin nicht ordentlich untergebracht sind, wird es bitter, vielleicht sogar lebensbedrohlich. Für viele Neuankömmlinge werden die kalten Monate die Zeit ihrer prägenden Erfahrung mit Deutschland sein. Nur gut, dass die Bundesregierung ihre Haushaltskassen so sorgsam geführt hat : Jetzt kann das Geld sinnvoll ausgegeben werden.

# Süddeutsche Zeitung

## Fabelpreise für „Mein Kampf“ bei Amazon

Adolf Hitlers Buch „Mein Kampf“ ist als krude Propagandaschrift bekannt. Die kommentierte Auflage, die am 8. Januar in den Handel kam, wird den Buchhändlern nun aber aus der Hand gerissen. Weil das Werk im Handel vorübergehend ausverkauft ist, wird es bei Amazon zu Fabelpreisen angeboten. Das günstigste Angebot, das beim Online-Händler an diesem Donnerstag zu finden war, beläuft sich auf 355,00 Euro. Das ist das Sechsfache des normalen Verkaufspreises, der bei 59 Euro liegt.

Auch bei der Auktionsplattform Ebay ist das Buch zu finden – bei einem Anbieter hatten 22 Bieter den Startpreis von einem Euro am vergangenen Sonntag bis Mittwochnachmittag auf 276 Euro hochgetrieben. Für diese Summe gab es schließlich den Zuschlag.

Das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) in München, das das zweibändige Werk im Eigenverlag herausgibt, betonte, die Publikation werde wegen der enormen Nachfrage laufend nachgedruckt: „Die Edition ist wie jedes andere Buch erhältlich, aber wegen der besonderen Umstände mit einer gewissen Wartezeit verbunden“, sagte eine Sprecherin des Instituts. Schon in der kommenden Woche würden weitere Exemplare an Buchhandlungen ausgeliefert.

Das Institut will mit dem umstrittenen Buch keinen Gewinn machen, aber auch keinen Verlust. Um kostendeckend zu arbeiten, habe man frühzeitig entschieden, sich am Bedarf zu orientieren, sagte die Sprecherin. Als das IfZ im vergangenen Herbst die Höhe der Startauflage habe festlegen müssen, sei das gewaltige Kaufinteresse nicht unbedingt abzusehen gewesen. „Wenn Sie damals verschiedene Experten gefragt hätten, ob sich die Leute auf einen grauen Zweibänder mit 2000 Seiten und 3700 Fußnoten stürzen, dann hätten Sie sehr unterschiedliche Wahrnehmungen feststellen können“, sagte die Sprecherin.

Zudem seien damals viele Buchhändler nicht bereit gewesen, Hitlers Kampfschrift vorzubestellen. „Da sagten viele, das kommt mir nicht ins Haus.“ Das Institut für Zeitgeschichte habe aus Kostengründen nicht auf Halbe produzieren wollen. „Da haben sie sehr schnell hohe Lagerkosten, und die konnten wir als öffentliches Institut nicht verantworten.“

Kurz vor dem Verkaufsstart am 8. Januar wurde schließlich klar, dass die Startauflage von 4000 Stück nicht ausreichen würde. Zahlreiche Buchhändler bieten ihren Kunden die Möglichkeit, das Buch vorzubestellen, auch online. Institutsdirektor Andreas Wirsching sprach bei der Präsentation der Edition am vergangenen Freitag von 15 000 Vorbestellungen. Man habe deshalb begonnen, das unter Leitung des Historikers Christian Hartmann kommentierte Werk nachzudrucken.

Wegen der Buchpreisbindung ist es Zwischenhändlern eigentlich untersagt, für ein neu erhältliches Buch einen höheren Preis als den vom Verlag festgesetzten Preis zu verlangen. „Sofern wir Kenntnis erlangen, dass Drittanbieter den Titel auf Amazon.de Marketplace unter Verstoß gegen die Buchpreisbindung anbieten, wird das Angebot entfernt“, sagte dazu ein Amazon-Sprecher.

Die Erlöse aus dem Verkauf des Buches will das Unternehmen an eine Organisation geben, die sich zugunsten von Opfern des Nationalsozialismus engagiert. Zwischenhändler, die mit „Mein Kampf“ nun womöglich hohe Gewinne erzielen, betrachtet das IfZ als Ärgernis. Sein Rat an Interessenten: Mit ein bisschen Wartezeit könne man das Buch ganz normal beim Buchhändler bestellen.



## Das Präsidenten-Mikado

Im Januar feierte Gauck seinen 75. Geburtstag, er wird nach Ablauf seiner ersten Amtszeit der älteste Präsident sein, den die Republik hatte. Am Ende einer zweiten Amtsperiode wäre er 82. Noch hat er sich nicht offiziell erklärt, ob er im Frühjahr 2017 erneut antritt. Nicht einmal Angela Merkel kenne seine Absichten, heißt es im Kanzleramt.

Aber viel spricht dafür, dass ihm fünf Jahre im Schloss Bellevue genügen. [...] So hat in Berlin inzwischen eine Debatte darüber begonnen, wer Gauck nachfolgen könnte. [...] Vor allem in der SPD wird die Bundesversammlung im Frühjahr 2017 als günstige Gelegenheit begriffen, endlich wieder einen Genossen ins Schloss Bellevue zu schicken. Der letzte hieß Johannes Rau, seine Amtszeit endete am 30. Juni 2004, das ist inzwischen mehr als elf Jahre her. SPD-Chef Sigmar Gabriel ist fasziniert von der Idee, einen Sozialdemokraten zum Staatsoberhaupt zu machen. Gabriels Trumpf ist, dass die Union im Moment keinen präsentablen Kandidaten hat: Ursula von der Leyens Ambitionen sind inzwischen zu groß, als dass sich die Verteidigungsministerin mit einem repräsentativen Amt begnüge. Bundestagspräsident Norbert Lammert wiederum hat mit seiner gespreizten Eitelkeit so viele Unionsleute gegen sich aufgebracht, dass man ihn für unwählbar hält.

Gabriel dagegen hat einen Kandidaten, der allseits Respekt genießt: Frank-Walter Steinmeier. Der Außenminister verfügt über all die Qualitäten, die die Deutschen an einem Staatsoberhaupt schätzen: Er ist besonnen und weltläufig, sein weißes Haupt verleiht ihm die Aura staatsmännischer Reife, und auch wenn seine Reden bisweilen etwas steif geraten, so ist wenigstens sichergestellt, dass er sich nicht in der Laune eines Moments zu einer unbedachten Äußerung hinreißen lässt – was im Fall des Bundespräsidenten immer besonders peinlich ist.

Steinmeier könnte es sich auch ganz gut vorstellen, Gaucks Nachfolge anzutreten. Als er vor zwei Jahren gefragt wurde, sagte er noch, der Job sei etwas „für einen Opa“. Vor Kurzem hat er erstmals gegenüber Vertrauten erkennen lassen, dass er sich mit der Aussicht beschäftigt, ins Schloss Bellevue einzuziehen. Steinmeier hat immer noch Freude an seiner Arbeit, aber nach insgesamt fast sechs Jahren im Auswärtigen Amt merkt er, wie begrenzt sein Einfluss ist. Wenn es wirklich wichtig wird, hat Merkel das Sagen, das gilt für den Ukrainekrieg genauso wie für die Eurokrise. Wenn schon repräsentieren, dann wenigstens nicht als Untergebener der Kanzlerin.

Wichtiger aber ist, dass Steinmeier einen untrüglichen Sinn für die politische Realität hat: Und die sieht so aus, dass eine Fortsetzung der Großen Koalition eher unwahrscheinlich ist. Merkels CDU ist im Moment so stark wie lange nicht, und noch einmal werden sich die Grünen kaum einem Bündnis mit der Union verweigern. Das Präsidentenamt könnte Steinmeier davor bewahren, im Herbst 2017 auf den Bänken der Opposition zu landen.

Steinmeier ist nun hin- und hergerissen. Einerseits wäre die Gauck-Nachfolge die Krönung seiner Karriere. Andererseits sieht er aber, mit wie vielen Unwägbarkeiten eine Kandidatur verbunden wäre. Ohne die Hilfe der Union wird er in der Bundesversammlung nur schwer eine Mehrheit finden. Außerdem ist das Amt des Bundespräsidenten ein Einschnitt in das Privatleben. Bis heute stehen seine Frau, die Verwaltungsrichterin Elke Büdenbender, und seine Tochter fast nie öffentlich an seiner Seite. Nur als Steinmeier seiner Frau vor fünf Jahren eine Niere spendete, war sie kurz Thema in den Medien.

Steinmeier möchte jedoch vor allem nicht zum Spielball des Parteichefs Gabriel werden. Denn diesen treiben, das weiß Steinmeier nur zu gut, nicht nur uneigennützige Motive. [...]

# Süddeutsche Zeitung

## 25 Jahre Deutsche Einheit: Freude und neue Herausforderungen

„Wie 1990 erwartet uns eine Herausforderung, die Generationen beschäftigen wird. Doch anders als damals soll nun zusammenwachsen, was bisher nicht zusammen gehörte“, sagte die Staatsoberhaupt am Samstag beim Festakt zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit in Frankfurt am Main. Auch damals habe es kein historisches Vorbild gegeben, trotzdem hätten Millionen Menschen die Aufgabe angenommen und bewältigt.

Der zentrale Festakt in der Frankfurter Alten Oper, an der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) teilnahm, war der Höhepunkt der Einheitsfeiern in Deutschland. In Frankfurt und Berlin feierten Hunderttausende Menschen den Jahrestag. In der Hauptstadt musste die Festmeile am Brandenburger Tor wegen Überfüllung teilweise geschlossen werden.

Bei einer Jubiläumsfeier am Reichstag mahnte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU), die deutsche Einheit und das Zusammenwachsen Europas nicht als Selbstverständlichkeit zu sehen. „Glücklichere Zeiten gab es in Deutschland nie“, sagte er. „Aber wir alle sollten heute nicht für selbstverständlich halten, was wir jahrzehntelang für ausgeschlossen gehalten haben.“ Das Glück der Einheit sollte Ermutigung sein, neue Herausforderungen anzugehen.

Gauck würdigte die Leistungen der Bürgerrechtsbewegung in der DDR auf dem Weg zur Wiedervereinigung. Mit ihrem Aufbegehren von 1989 hätten die Ostdeutschen den Westdeutschen ein großes Geschenk gemacht, sagte er beim zentralen Festakt in Frankfurt. „Die friedliche Revolution zeigt: Wir Deutschen können Freiheit.“ Umgekehrt hätten die Westdeutschen auch den Ostdeutschen ein Geschenk gemacht: das Grundgesetz, eine funktionierende Demokratie, eine unabhängige Justiz und das Sozialsystem. Etliche DDR-Bürgerrechtler saßen bei der Feier in der ersten Reihe.

Die neuen Aufgaben seien auch mit strittigen Debatten verbunden, sagte Gauck. „Lassen Sie aus Kontroversen keine Feindschaften entstehen.“ Europa stehe „mitten in einer Zerreißprobe“. Noch habe der Druck die Staaten nicht zusammengeführt. „Allerdings zeigen die jüngsten Entscheidungen der Europäischen Union, dass die Einsicht wächst: Es kann keine Lösung in der Flüchtlingsfrage geben – es sei denn, sie ist europäisch.“

Gauck äußerte Verständnis für Ängste in der Bevölkerung. Es spüre wohl fast jeder, wie sich in die große Hilfsbereitschaft der Menschen auch Sorge schleiche. „Dies ist unser Dilemma: Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Aber unsere Möglichkeiten sind endlich.“

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) rief zur internationalen Zusammenarbeit auf. Es müsse eine faire Aufgabenteilung geben, sagte sie vor dem offiziellen Festakt. Noch nie habe es so viele Flüchtlinge gegeben. „Das müssen wir gemeinsam schaffen, Deutschland, Europa und die Welt.“

Quelle: sueddeutsche.de, 3.10.2015.